Die Pariser Vorstadt-Unruhen von 2005 im Kontext der Debatte um die Integration maghrebinischer Einwanderer

Wissenschaftliche Hausarbeit im Rahmen der Ersten Staatsprüfung für das Lehramt an Gymnasien im Fach Französisch

eingereicht der Hessischen Lehrkräfteakademie – Prüfungsstelle Kassel -

Vorgelegt von:

Kathrin Lara Müsken

Gutachter:

Prof. Dr. Jörg Requate

Für J., K.-H. und Z. im Himmel.

Ein großer Dank geht an meine Familie, die mich immer unterstützt hat und an meine Freundinnen, die mir mit Rat und Tat zur Seite standen und mir damit viel Kraft gegeben haben.

Weiterhin geht mein Dank an das Deutsch-französische Institut – dfi in Ludwigsburg, in dem ich für vier Tage das Archiv nutzen und auf die Expertise der Mitarbeiter zugreifen konnte.

Inhalt

Einleitung 5
Forschungsstand 6
Erläuterung der Gliederung 7
Erläuterung der Fragestellung 8
Genderspezifische Hinweise 8
Begriffsklärungen 8
Frankreich als Einwanderungsland 10
Die französische Identität 12
Die Trennung von Kirche und Staat 15
Zusammensetzung der französischen Bevölkerung 16
Entwicklung von den Banlieues 17
Zusammensetzung der Banlieues 17
Probleme in den Banlieues 18
Die Ausschreitungen 20
Das Ereignis in den Medien 23
Kommunale Integrationspolitik oder Leben nach den Unruhen 24
Medialer Umgang mit Ausschreitungen 24
Politische Konsequenzen 29
Veränderungen und Konstanten in den Vororten 39
Lösungsansätze 51
Fazit 63
Anhang 68

Abbildungen

Abb. 1: Absolute Einwanderungszahlen in Frankreich von 1994 - 2003 Seite 11

Abb. 2: Die Gruppe Bescheuerter à la française Seite 13

Abb. 3: Die nationale Identität nach Meinung der Franzosen Seite 14

Abb. 4: Einwanderer und Ausländer in der amtlichen Statistik Seite 16

Abb. 5: Zugewanderte Bevölkerung nach Herkunftsland 1999 und 2005 Seite 17

Abb. 6: Geburtsland immigrierter Eltern von Nachkommen zwischen 18 und 50 Seite 18

Abb. 7: Das gesellschaftliche Bild von Algerien und den Maghrebstaaten in Frankreich Seite 19

Abb. 8: politische Orientierung der Befragten Seite 19

Abb. 9: Die vornehme Art zu löschen Seite 22

Abb. 10: Urbane Ausschreitungen, eigene Darstellung Seite 43

Abb. 11: Die Arbeitslosenzahl in Frankreich nach Wohnort und Alter Seite 50

Abb. 12: Ist die Abhängigkeit eine gute oder schlechte Sache? Seite 52

Abb. 13: Diskriminierungsindikatoren in unterschiedlichen Bereichen des sozialen Lebens aufgrund der familiären Migrationsgeschichte Seite 57

Abb. 14: Diskriminierungsindikatioren nach Herkunft und Generation Seite 58

Abb. 15: Diskriminierungsindikatoren nach Diversitätsaspekten und unterschiedlichen Diskriminierungserfahrungen Seite 59

Abb. 16: Situationsbedingte Diskriminierungen in % nach Migrationshintergrund Seite 59

Einleitung

„Le temps des colonialismes est fini, il faut le savoir seulement et en tirer les conséquences“ – Albert Camus[1].

Das Zitat von Albert Camus – einem algerisch-französischen Schriftsteller und Philosophen – aus dem Jahre 1958 entsteht zu einer Zeit, in der die Kolonialmacht Frankreich den Verlust vieler Kolonien erfährt und in zahlreichen Unabhängigkeitskriegen kämpft.

Der Kampf um die algerische Unabhängigkeit dauert verglichen mit anderen ehemaligen französischen Kolonien am längsten und stellt eine der blutigsten Auseinandersetzungen der sechziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts und in der französischen Geschichte dar.

Die Wichtigkeit des Territoriums und die Anwesenheit vieler Franzosen im Land lassen Frankreich länger als in anderen (zu der Zeit schon unabhängigen) Staaten um das Land kämpfen. Algerien war nicht nur eine Kolonie, sondern dem französischen Innenminister unterstellt und in drei französische Départements unterteilt.

Der Krieg erlangt zudem wegen seiner Brutalität und dem menschenrechtswidrigen Vorgehen seitens der französischen Armee mediales Aufsehen.

Bis heute wandern algerische Bürger nach Frankreich aus, da sich die politische und wirtschaftliche Lage in Algerien kaum stabilisiert hat, das islamistisch regierte Land ist von Angst und Unsicherheit gezeichnet.es sind immer wieder unterschiedliche islamistische Gruppierungen an der *Regierung*, die Angst und Schrecken verbreiten, Nicht zuletzt zwingt auch die ökonomische Lage, die sich seit Zeiten der kolonialen Ausbeutung nicht verbessert hat, die Menschen, in ein Land auszuwandern, dessen Sprache sie beherrschen und in dem ihre Existenz gesicherter erscheint.

Integration wird in vielen Staaten über die Sprachkompetenz und das Sprachbewusstsein der Einwanderer gemessen. In Frankreich geschieht das durch Sprachtests und Wissenstests über die Werte der fünften französischen Republik.

[1] Camus, Albert (1958): Actuelles III. Chroniques algériennes (1939-1958). Gallimard: Paris, S. 23.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, warum Menschen mit algerischer Einwanderungsgeschichte oftmals kaum in die französische Gesellschaft integriert sind und ganz offensichtlich von der Gesellschaft aber auch der Exekutive Frankreichs diskriminiert werden und es zu den Unruhen in den Vororten französischer Großstädte, unter anderem auch in Paris, kommen konnte.

Aktuell hat Frankreich den Notstand nach etlichen Terroranschlägen oder entsprechenden Androhungen ausgerufen. Nach bestehender Gesetzeslage kann die Polizei jetzt ohne Verdacht Wohnungen durchsuchen und Menschen festhalten, um ihre Identität zu kontrollieren. Die Unsicherheit in der Bevölkerung ist hoch, das Misstrauen gegenüber Muslimen präsent und der Front National (mittlerweile Rassemblement National) sowie Parteien ähnlicher politischer Orientierungen in den Nachbarländern Frankreichs haben so gute Wahlergebnisse wie seit Langem nicht mehr.

In diesem Zusammenhang wird die zunehmende Abneigung gegenüber Muslimen, vor allem Migranten aus Maghrebstaaten, besonders deutlich.

Dabei ist die Diskussion um Integration und Parallelgesellschaften algerischer Franzosen ebenso aktuell, wie die damit verbundene Diskriminierung und Hetze von Bevölkerungsminderheiten und daraus resultierenden Unruhen oder Demonstrationen.

Forschungsstand

Mittlerweile gibt es umfangreiche Literatur zu den Aufständen. Auffallend ist, dass sich vor allem ausländische Autoren kritisch mit den Unruhen und dem Mitverschulden des Staates auseinander setzen, in der französischen Literatur wird diese Diskussion erst seit 2010 geführt. Im Wahlkampf 2006 wurde dann auch das französische Integrationskonzept infrage gestellt und mehr und mehr kritisch bewertet. Allerdings hat sich trotz der kritischen Auseinandersetzung und den daraus resultierenden umfangreichen Erkenntnissen wenig geändert. Bis heute herrscht hohe Arbeitslosigkeit in den überwiegend von Migranten bewohnten Banlieues, die Kriminalität ist weiterhin hoch und die Vorortbewohner stehen nach wie vor am Rande der Gesellschaft – in allen Lebensbereichen.

Im öffentlichen Nahverkehrssystem rund um Paris wurde viel ausgebaut und renoviert, jedoch reicht dies bei weitem nicht aus, um die Versäumnisse der Migrationspolitik aufzuwiegen. Mit den jüngsten Terroranschlägen in Frankreich hat sich die Lage vor allem von muslimischen Bürgern bedeutend verschlechtert, gleichzeitig hat sich der Schwerpunkt politischer und wissenschaftlicher Diskussionen zunehmend auf die Integration von Muslimen und Einwanderung im Allgemeinen verschoben.

Erläuterung der Gliederung

Um die Frage zu beantworten, wie die Integration maghrebinischer Einwanderinnen und Einwanderer (im Folgenden Einwanderer, gemeint sind alle Geschlechter) durch die Unruhen in den Pariser Vororten 2005 beeinflusst wurde, wird zunächst Frankreich als Einwanderungsland charakterisiert. Dabei wird auf einzelne Phasen der Öffnung gegenüber Einwanderern sowie restriktive Einwanderungspolitik, die Einfluss auf die in Frankreich lebende maghrebinische Bevölkerung hat, eingegangen. Weiterhin werden das französische Verständnis von nationaler Identität, das Verhältnis von Staat und Religion sowie der Integrationsgedanke skizziert. Diese drei Themenschwerpunkte definieren das politische Handeln in Bezug auf Integration und bilden somit die Grundlage im Umgang mit Ausländern.

In einem weiteren Themenblock werden daraufhin die Unruhen von 2005 in den Pariser Vorstädten charakterisiert, indem zunächst die geschichtliche Entwicklung von den sogenannten Banlieues beschrieben und ihre ethnische Zusammensetzung erläutert wird. Diese Grundlage wird benötigt, um aktuelle soziale Probleme – wie die Unruhen verursachenden Probleme und die Handlungen unterschiedlicher involvierter Akteure – zu verstehen.

Die Ausschreitungen werden dann im Kontext von Ereignissen, Ursachen, Folgen, Akteuren, Orten und Zeiten näher definiert. Anschließend wird die kommunale Integrationspolitik vor und nach den Unruhen näher betrachtet, um die Situation vom Leben vor, während und nach den Unruhen darstellen zu können.

Hierbei wird auch auf den medialen Umgang mit den Ausschreitungen eingegangen, da die Medien einen erheblichen Einfluss in Bezug auf Diskriminierungsmuster und Bilder des *Fremden* haben, wie sich im Laufe dieser Arbeit herausstellen wird.

Politische Konsequenzen eines in der Integrationspolitik versagenden Staates und aus den Unruhen resultierende Veränderungen oder Konstanten in den Pariser

Vororten komplementieren diese Arbeit und werden mit den anderen genannten Themenbereichen zu einer Beantwortung der Fragestellung führen, welche im Fazit beschrieben, analysiert und interpretiert wird.

Erläuterung der Fragestellung

Die Unruhen in den Vororten der französischen Großstädte im Jahre 2005 kamen für die Politik überraschend, obwohl sie von Experten mehrfach seit den Zwanzigerjahren vorausgesagt wurden. Maghrebiner, vor allem aber Algerier, genießen in der französischen Gesellschaft ein ähnlich schlechtes Bild wie Menschen mit türkischem Migrationshintergrund in Deutschland. Integration in Frankreich ist viel mehr eine Koexistenz unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen. Somit geht es in dieser wissenschaftlichen Hausarbeit darum, die Unruhen zu rekapitulieren und das französische Konzept von Integration zu charakterisieren, um anschließend zu untersuchen, welche Probleme es bezüglich der Integration von Migranten in Frankreich nach den Unruhen von 2005 gab und noch gibt sowie mögliche Lösungen herauszuarbeiten, die die Integration in Frankreich positiv beeinflussen könnten.

Genderspezifische Hinweise

Die Hausarbeit ist in der männlichen Geschlechterform verfasst worden, allerdings sind hierbei alle Genderarten inbegriffen. Wenn von Migranten die Rede ist, sind somit Migrantinnen* und Migranten* gemeint und angesprochen.

Begriffsklärungen

Migration: Jeder, der sein Heimatland (un)freiwillig verlassen hat und sich langfristig in einem anderen Land aufhält[2].

Integration: Aus dem Lateinischen *integrare*, bedeutet ergänzen, wiederherstellen und bezeichnet soziologisch zum einen die Eingliederung eines Individuums in eine Gruppe bzw. die Einfügung einer Minorität in eine Mehrheitsgesellschaft, zum anderen auf allgemeinem Niveau die (Wieder-)Herstellung sozialer Einheiten im

[2] Koudissa, Jonas (2014): Ethik und Migration: Das afrikanische Flüchtlings- und Migrationsproblem. Eine Herausforderung für Europa und Afrika (Forum Sozialethik). Münster: Aschendorff.

Ganzen. Von der Sozialintegration wird die Systemintegration unterschieden, die das Zusammenspiel sozialer Teilsysteme betrifft[3].

In Frankreich bedeutet Integration eine vollständige Assimilation an die französischen Werte der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit sowie an die französische Gesellschaft, weswegen ausreichend Wissen über die Politik, die Geschichte und das System der Französischen Republik vorhanden sein muss. Ebenfalls ist das Beherrschen der französischen Sprache in Wort und Schrift Grundlage, um einen Antrag darauf zu stellen, langfristig in Frankreich wohnhaft zu sein[4].

Diskriminierung: Die Bundeszentrale für politische Bildung schreibt hierzu:

> *„Im Sinne einer formalen und abstrakt gefassten Definition kann unter Diskriminierung zunächst die Verwendung von kategorialen, das heißt vermeintlich eindeutigen und trennscharfen Unterscheidungen zur Herstellung, Begründung und Rechtfertigung von Ungleichbehandlung mit der Folge gesellschaftlicher Benachteiligungen verstanden werden. Den Diskriminierten wird der Status des gleichwertigen und gleichberechtigten Gesellschaftsmitglieds bestritten; ihre faktische Benachteiligung wird entsprechend nicht als ungerecht bewertet, sondern als unvermeidbares Ergebnis ihrer Andersartigkeit betrachtet.“*[5]

Diskriminierung kann in den Bereichen Geschlecht, Sexualität, Alter, Gesundheit, Religion, Nationalität, Region/ Wohnort und Arbeit stattfinden[6].

---

[3] Koschorke, Albrecht (2014): Integration. In: Ezli, Özkan; Staupe, Gisela (Hrsg.): Das neue Deutschland. Von Migration und Vielfalt. Paderborn: Konstanz Univ. Press, S. 220-222.

[4] https://www.service-public.fr/particuliers/vosdroits/F2213, Zugriff am 4.01.2019.

[5] https://www.bpb.de/apuz/221573/diskriminierung-antidiskriminierung-begriffe-und-grundlagen?p=all, Zugriff am 4.01.2019.

[6] Lutz, Helma; Wenning, Norbert (Hrsg.) (2001): Unterschiedlich verschieden. Differenz in der Erziehungswissenschaft. Opladen: Leske + Budrich, S. 202.

Frankreich als Einwanderungsland

Dass Frankreich sich stark über seine Sprache definiert, zeigt sich in unterschiedlichen Bereichen des französischen Lebens. Sichtbar wird das schon im zweiten Artikel der Verfassung Frankreichs, in dem es heißt: „Französisch ist die Sprache der Republik“[7], hieran lässt sich vor allem der hohe politische Stellenwert der Sprache erkennen. Im Sprachgebrauch finden sich nur wenige Anglizismen, ganz anders als in den europäischen Nachbarländern, z.B. in Deutschland, in denen die Amerikanisierung auf keine so große Angst in der Politik und Bevölkerung trifft, wie in Frankreich. Die *Académie française*, die 1635 gegründet wurde, um ein französisches Wörterbuch – vergleichbar mit dem deutschen Duden – herzustellen, besteht bis heute und hat nach wie das Ziel, gehobenes französisches Vokabular, aber auch Literatur zu sammeln und prüfen, dass sich kein *Slang* oder Dialekte in die Sprache der *Ile de France* mischen. Somit ist Französisch eine Prestigesprache der Oberschichten, worauf die Franzosen besonders stolz sind[8].

Aber nicht nur für die besondere Bedeutung seiner Sprache ist Frankreich bekannt, sondern auch als Einwanderungsland. Vor und nach den großen Weltkriegen gab es in Frankreich sowohl einen Geburtenrückgang als auch einen Arbeitskräftemangel. Aus diesen Gründen schloss Frankreich mit unterschiedlichen Ländern Anwerbeabkommen und bot Migranten ein Zuhause.

Anwerbeabkommen wurden erstmalig mit Italien (1919), Polen (1919), der Tschechoslowakei (1920) und Spanien (1932) geschlossen, weitere bzw. erneute Abkommen folgten dann mit Italien (1946), Griechenland (1960), Spanien (1963), Portugal (1964), Marokko (1964), Tunesien (1964), der Türkei (1965) und Jugoslawien (1965)[9].

In dieser Zeit begann gleichermaßen die Dekolonialisierung, und dadurch wuchs die Zahl einwandernder Menschen aus den ehemaligen Kolonien Frankreichs. Vor allem nach der Unabhängigkeit Algeriens immigrierten viele algerische Bürger, Algerien-Franzosen und in Algerien lebende Franzosen nach Frankreich[10].

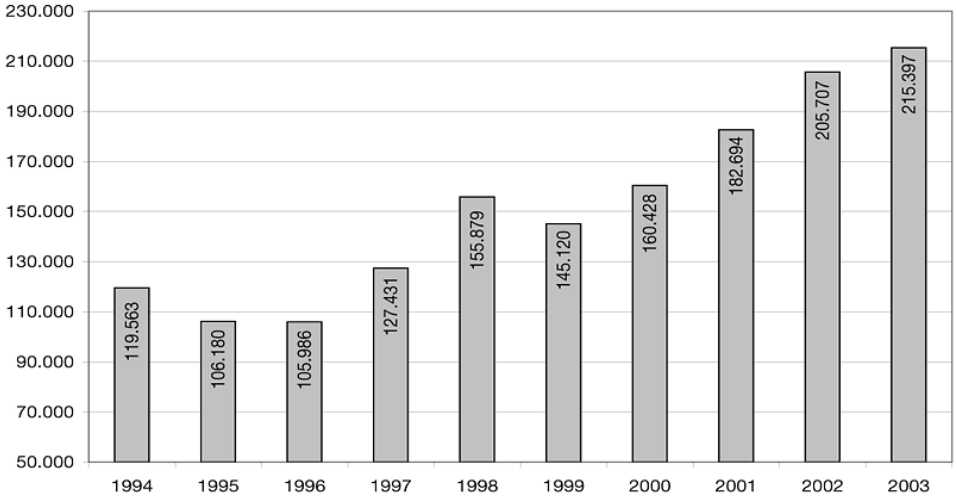
---

[7] http://www.bpb.de/internationales/europa/frankreich/153272/sprache, Zugriff am 14.10.2018.
[8] Ebd.
[9] http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/laenderprofile/246828/historische-entwicklung, Zugriff 14.10.2018.
[10] http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/laenderprofile/246828/historische-entwicklung, Zugriff 14.10.2018.

Die angeworbenen Migranten wurden allerdings nicht durchgängig willkommen geheißen, die Migrationspolitik war vielmehr von den Mehrheitsverhältnissen der jeweiligen Regierung abhängig. Sie erstreckte sich von *immigration zéro* über *kontrollierte Einwanderung* bis hin zu Anwerbeabkommen, es gibt keine klare Linie in der Migrationspolitik Frankreichs.

Trotz unterschiedlicher Regierungen blieb Eines unverändert: die Migrationsströme. Nach wie vor kommen Familienmitglieder im Rahmen des Familiennachzugs ins Land – trotz unterschiedlicher Regierungszusammensetzungen und geschlossener Grenzen für Neuankömmlinge, die noch keine Familie in Frankreich haben.

Als Gründungsmitglied der EU hat sich Frankreich an europäischen Gesetzen und Normen orientiert und dementsprechende Flüchtlings- und Asylabkommen geschlossen, dabei variiert die Zahl der einwandernden Ausländer in das Land[11].



Quelle: Institut National d'Etudes Démographiques, INED (2005)

Abb. 1:Absolute Einwanderungszahlen in Frankreich von 1994 - 2003[12]

Abb. 1 des Nationalen Demographischen Statistikinstituts Frankreichs zeigt die absoluten Zahlen aller Einwanderer zwischen 1994 und 2003.

[11] Ebd.
[12] http://focus-migration.hwwi.de/Frankreich.1231.0.html, Zugriff 14.10.2018.

Die französische Identität

Als Präsident Macron 2017 sagte, dass es *die* französische Kultur nicht gebe, gab es massive Widerstände und Protest, woraufhin er seine Aussage mit den Worten: „eine französische, einheitliche und starre Leitkultur sei ohne Einflüsse von außen nicht denkbar“, korrigierte[13].

Eingangs wurde bereits erwähnt, dass es vor allem die französische Sprache ist, die zur Bildung der französischen Identität beiträgt. Ebenso wichtig ist die Französische Republik und die aus der Französischen Revolution entstandenen Werte der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit.

Diese Werte sind neben der Trennung von Kirche und Staat, die in einem weiteren Kapitel näher beschrieben wird, in Hinblick auf das Verständnis von französischer Integration wichtig.

Um als Franzose juristisch anerkannt zu werden, müssen Ausländer ein zweigliedriges System durchlaufen: zum einen müssen sie Sprachkenntnisse nachweisen, zum anderen müssen sie die *Werte der französischen Republik* nicht nur kennen, sondern auch anerkennen und nach ihnen leben.

Das bedeutet für Ausländer einerseits, dass sie nach den genannten Werten der Republik behandelt werden müssen und es eine Vielzahl an Einrichtungen und Institutionen gibt, die dies überprüfen, durchsetzen und untersuchen. Andererseits bedeutet es für sie aber auch eine Abkehrung von Werten ihres Herkunftslands und eine aktive Zuwendung und das Leben von französischen Werten.

So können algerische Migranten, deren Religion der Islam ihres Herkunftslands ist – nach dem sich oftmals die Tagesroutine richtet – in Frankreich zwar weiterhin ihre Religion ausleben, allerdings nur im privaten, nicht jedoch im öffentlichen Raum. Im Islam wird fünf Mal am Tag gebetet, danach richtet sich das alltägliche Leben in Algerien, es steht aber der Arbeitsproduktivität in Frankreich entgegen. Durch diese Trennung von Religion und Staat wird der religiöse Rhythmus von Muslimen irritiert[14].

Nationale Identität bedeutet also eine Abgrenzung zu anderen Nationen durch das Teilen von eigenen gemeinsamen Überzeugungen, Verhaltensweisen und Werten,

---

[13] https://www.zeit.de/kultur/2017-05/kulturpolitik-frankreich-emmanuel-macron-liberalismus/seite-2, Zugriff am 14.10.2018.

[14] Pradervand, Pierre (1961): Die algerischen Einwanderer in Frankreich und das Problem des disharmonischen Kulturwandels. In: Deutscher Gewerkschaftsbund (Hrsg.): Gewerkschaftliche Monatshefte, Vol. 12.1961, Köln: Verlag für Sozialwissenschaften; S.729.

die ein Gemeinschaftsgefühl hervorrufen sollen. Eine kollektive Identifikation mit einem Staat und seinen Werten führt zu einer stabilen innenpolitischen Lage, da ein Zugehörigkeitsgefühl und somit der Schutz der Nation und somit des eigenen Lebens vorangestellt wird[15].

Nationale Identität bedeutet jedoch nicht, dass es nur diese eine Identität gibt, vielmehr können mehrere Identitäten miteinander vermischt werden, wie es im Fall von Algerien-Franzosen der Fall ist. Dies ist vor allem für die – zweite – Generation schwierig, die in Frankreich geboren wurde und in der Öffentlichkeit nach den französischen Werten leben, gleichzeitig aber auch im Privaten die algerischen Werte – also die familiären Werte – leben. Dies kann sowohl zu einem persönlichen Zwiespalt der Personen der zweiten Generation als auch zu weitergehenden Problemen führen[16] und wird in einem folgenden Kapitel ausführlicher thematisiert.

Abb. 2: Die Gruppe Bescheuerter à la française [17]

Die Karikatur von Sarunke aus dem Jahr 2008 (Abbildung 1) zeigt die Problematik einer französischen Identität. Eine einheitliche französische Identität scheint es

[15] Jurt, Joseph (2014): Sprache, Literatur und nationale Identität. Die Debatten über das Universelle und das Partikuläre in Frankreich und Deutschland. Berlin: De Gruyter.
[16] Wagner, Hartmut (2006): Bezugspunkte europäischer Identität. Territorium, Geschichte, Sprache, Werte, Symbole, Öffentlichkeit – Worauf kann sich das Wir-Gefühl der Europäer beziehen? Münster: Lit Verlag.
[17] http://sanrankune.over-blog.com/article-l-identite-nationale-58313093.html, Zugriff am 20.10.2018.

demnach nicht zu geben, vielmehr identifizieren sich die Menschen mit der Kultur der Provinzen, in denen sie leben.

Als Sarkozy 2007 zum Präsidenten ernannt wurde, hat er eine Debatte über die nationale Identität angestoßen. Nationale Identität, also eine französische Identität wird des Öfteren als Aspekt gelungener Integration angeführt, die Diskussion darüber zeigt aber deutlich, dass diese nicht so homogen ist, wie es scheint.

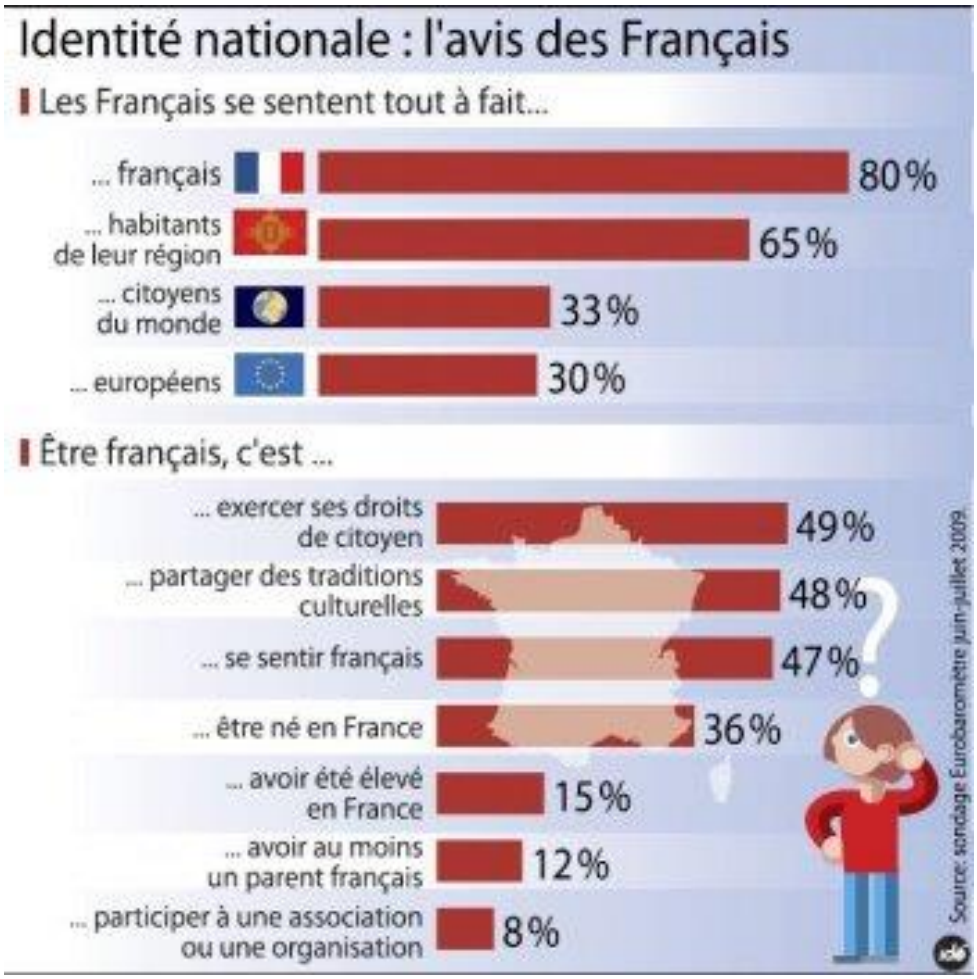


Abb. 3: Die nationale Identität nach Meinung der Franzosen [18]

Das belegen auch die Ergebnisse einer Umfrage aus dem Jahr 2009 (Abb. 3) von Eurobaromètre, in der zwischen Juni und Juli des Jahres zwei Fragen gestellt wurden: 1. Empfinden sich die Franzosen französisch, als Einwohner ihrer Region, als Weltbürger oder als Europäer? 2. Was bedeutet Französisch-Sein?

Die Befragten antworteten auf die erste Frage, dass sie sich zu 80 % als Franzosen fühlen, 65 % als Einwohner ihrer Region, 33 % als Weltbürger und 30 % als Europäer.

[18] https://lewebpedagogique.com/philovideo/2009/11/22/identite-francaise/, Zugriff am 20.10.2018.

Auf die zweite Frage, was Französisch-Sein bedeutet, antworteten die Befragten, dass das Ausüben der bürgerlichen Rechte (49 %), das Teilen kultureller Traditionen (48 %), das Französisch-Fühlen (47%), das Geboren-Sein in Frankreich (36 %), das Aufwachsen in Frankreich (15 %), mindestens einen französischen Elternteil haben (12 %) und die Mitgliedschaft in einer Organisation oder in einem Verein (8%) zum Französisch-Sein dazugehöre.

Die Trennung von Kirche und Staat

Laizismus ist der Fachbegriff für die Trennung von Kirche und Staat[19], sie ist ein Grundpfeiler der fünften Republik in Frankreich.

Zahlreiche Gesetze, die im Spannungsfeld zwischen freier Auslebung von Religionen und dem Verbot der religiösen Ausübung in der Öffentlichkeit liegen, wurden in den Jahren nach der Übernahme dieser Weltanschauung in die französische Verfassung 1905 erlassen, sie werden nach wie vor kontrovers diskutiert.

Im Februar 2004 wurde ein *Gesetz zum Verbot religiöser Symbole in Schulen (Loi sur les signes religieux dans les écoles publiques)* verabschiedet, es verbietet betont auffällige religiöse Symbole aller Religionen in der Schule.

Seit April 2011 steht zudem Vollverschleierung in der Öffentlichkeit unter Strafe, dies hat – im Gegensatz zu dem Schulgesetz – deutlich Widerstand vor allem bei Muslimen, aber auch Zustimmung durch französische Bürger hervorgerufen.

Immer wieder werden Situationen in den Medien beschrieben, in denen dieses Gesetz Kontroversen hervorgerufen hat, beispielsweise Verschleierungen an Flughäfen, Diskriminierung von Kopftuchträgerinnen oder das Verbot einer Schule, dass zwei kopftuchtragenden Müttern untersagt, die Klasse ins Schwimmbad zu begleiten[20].

Ein weiteres umstrittenes Gesetz wurde im September 2011 verabschiedet. Es besagt, dass Muslime nicht in Öffentlichkeit beten dürfen und die Missachtung dessen unter Strafe steht. Gesetzesgegner kritisieren hier vor allem die Diskriminierung von Muslimen, die durch das Gesetz als Minderheit betroffen sind[21].

---

[19] https://www.duden.de/rechtschreibung/Laizismus, Zugriff am 20.10.2018.
[20] http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/laenderprofile/246838/umgang-mit-dem-islam, Zugriff am 14.10.2018.
[21] http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/laenderprofile/246838/umgang-mit-dem-islam, Zugriff am 14.10.2018.

In Anbetracht der Zahl der Muslime, die in Frankreich leben und momentan 5 % der Bevölkerung ausmachen und vor dem Hintergrund, dass *égalité* – also Gleichheit vor dem und durch das Gesetz – verfassungsrechtlich verankert sind, irritieren solche Gesetzesverabschiedungen.

Zusammensetzung der französischen Bevölkerung

Die ausländische Bevölkerung Frankreichs setzte sich im Jahre 2006 laut *Institut national de la statistique et des études économiques* – INSEE –aus in Frankreich geborenen Ausländern (rund 550.000), eingebürgerten Einwanderern (197.000), Ausländern (3.510.000), im Ausland geborenen Ausländern (2.960.000) und Einwanderern (4.930.000) zusammen. Das INSEE ist vergleichbar mit dem statistischen Bundesamt und ermittelt die amtlichen Zahlen, die in Frankreich veröffentlicht werden.

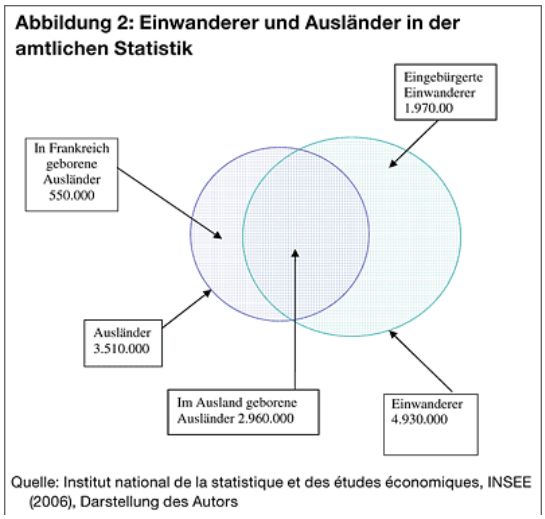


Abb. 4: Einwanderer und Ausländer in der amtlichen Statistik[22]

Weiterhin hat INSEE 2006 einen Vergleich sowohl absoluter Einwanderungszahlen von 1999 und 2005 (Abb. 5) als auch von Asylanträgen ausländischer Bewerber von 1999 und 2005 (Abb. 6) veröffentlicht.

In Abb. 5 wird die Veränderung, die sich im Vergleich der Bezugsjahre hinsichtlich der Einwanderung ergeben hat, dargestellt. Dabei lässt sich erkennen, dass Algerien und Marokko sowohl 1999 als auch 2005 die höchsten Zahlen an Zuwanderern nach Frankreich aufweisen. Hierbei wird ebenfalls deutlich, dass diese absoluten Zahlen um 17,5 % im Falle Algeriens und um 18,8 % im Falle Marokkos gestiegen sind. Dies lässt sich mit der Möglichkeit des Familiennachzuges erklären, bei der die Familie

[22] http://focus-migration.hwwi.de/Frankreich.1231.0.html, Zugriff 14.10.2018.

eines Einwanderers nach Frankreich nachgeholt werden kann. Im Vergleich zu anderen Geburtsländern, in denen die zugewanderte Bevölkerung zurückgegangen ist, steigt die Zahl der Maghrebiner weiter an.

Abbildung 5: Zugewanderte Bevölkerung nach Herkunftsland 1999 und 2005 (Bestandsgrößen)

Geburtsland	1999	2005	Veränderung 1999 zu 2005
Algerien	576.000	677.000	+ 17,5%
Marokko	521.000	619.000	+ 18,8%
Portugal	570.000	565.000	- 0,9%
Italien	381.000	342.000	- 10,3%
Spanien	317.000	280.000	- 11,7%
Türkei	176.000	225.000	+ 27,8%
Tunesien	202.000	220.000	+ 8,9%
Deutschland	125.000	128.000	+ 2,4%
Vereinigtes Königreich	75.000	120.000	+ 60%
Belgien	93.000	102.000	+ 9,7%
Polen	99.000	90.000	- 9,1%
Vietnam	72.000	73.000	+ 1,4%
Senegal	54.000	67.000	+ 24,1%
China	30.000	64.000	+ 113,3 %
Mali	36.000	56.000	+ 55,5%

Quelle: Institut national de la statistique et des études économiques, INSEE (2006)

Abb. 5: Zugewanderte Bevölkerung nach Herkunftsland 1999 und 2005 [23]

Entwicklung von den Banlieues

Die Vororte der Großstädte Frankreichs werden Banlieues genannt. Diese Außenbezirke sind in den Medien immer wieder Gegenstand von Kritiken an der französischen Kommunal- aber auch Integrationspolitik, sie sind historisch von Einwanderern geprägt und rufen strukturelle Probleme hervor.

Im Folgenden werden sowohl die Zusammensetzung der Vororte genauer betrachtet als auch die Probleme, die die Banlieues kennzeichnen und letztendlich auch Auslöser für die Unruhen von 2005 waren.

Zusammensetzung der Banlieues

Die Banlieues entstanden in den Zwanzigerjahren in der Nähe von Industriegebieten, angeworbene Arbeiter aus dem Ausland wurden in diesen kostengünstigen Unterkünften angesiedelt. Ursprünglich galten sie als Provisorium, wurden im Laufe

[23] http://focus-migration.hwwi.de/Frankreich.1231.0.html, Zugriff 14.10.2018.

der Zeit aber zur Dauerlösung, hier leben nach wie vor überwiegend Ausländer, die keine *autochthone Franzosen* sind.

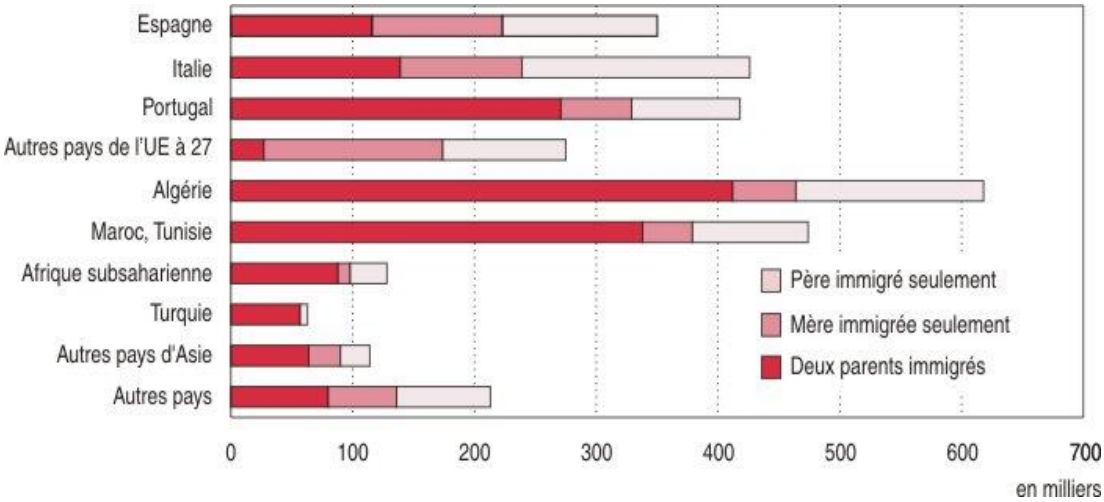


Abb. 6: Geburtsland immigrierter Eltern von Nachkommen zwischen 18 und 50[24]

Das INSEE veröffentlicht dazu regelmäßig Zahlen. Abb. 6 zeigt die Herkunftsländer der größten Migrantengruppen in Frankreich und unterscheidet dabei, ob Vater oder Mutter oder beiden Eltern immigriert sind. Es wird deutlich, dass die größte Bevölkerungsgruppe Algerier, Marokkaner und Tunesier sind, der Großteil von ihnen lebt in den Vororten der Großstädte.

Probleme in den Banlieues

Die Probleme in den Banlieues sind auf verschiedenen Ebenen sichtbar und werden von unterschiedlichen Gruppen und Personen immer wieder angesprochen.

Wie bereits erwähnt, leben in den Vororten vor allem ärmere Bevölkerungsgruppen, zu denen zweifelsohne auch ein Großteil der Migranten zählt. Nicht nur ethnische Unterschiede machen das Leben in den Vororten kompliziert, sondern auch Vorurteile seitens anderer Bevölkerungsgruppen, der Polizei und der Politik. Hinzu kommen weitere Probleme wie Massenarbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit.

Maghrebiner, die aus ehemaligen Kolonien nach Frankreich ausgewandert sind, bilden den größten Teil der ausländischen Bevölkerung. Sie sind zu einem großen Teil Muslime, eine Religion, die im katholischen Frankreich als Minderheitenreligion nicht besonders hoch angesehen wird. Weiterhin sind zwar die Eltern, die als erste Generation nach Frankreich kamen, durch ihre Arbeitsstellen gut integriert und

[24] https://www.insee.fr/fr/statistiques/1283065, Zugriff 4.01.2019.

verfügen aufgrund der gemeinsamen Kolonialgeschichte über umfangreiche Sprachkenntnisse, jedoch sind die Vorurteile – vor allem gegen Maghrebiner – sehr hoch, und ihre Kinder sind von der damit verbundenen Diskriminierung noch viel mehr betroffen.

L'image de l'Algérie et des pays du Maghreb

Diriez-vous que vous avez une très bonne image, une assez bonne image, une assez mauvaise image ou une très mauvaise image ?

	TOTAL Bonne Image (%)	Très bonne image (%)	Assez bonne image (%)	TOTAL Mau-vaise image (%)	Assez mau-vaise image (%)	Très mau-vaise image (%)	TOTAL (%)
• Du Maroc	71	14	57	29	20	9	100
• De la Tunisie	53	5	48	47	33	14	100
• De l'Algérie	26	3	23	74	45	29	100

Abb. 7: Das gesellschaftliche Bild von Algerien und den Maghrebstaaten in Frankreich[25]

In einer Umfrage, die 2012 von Atlantico durchgeführt wurde, sind Franzosen zu ihrer Meinung über Maghrebiner befragt worden. Hierbei wurde zwischen den Herkunftsländern Marokko, Tunesien und Algerien unterschieden und danach gefragt, welchen Eindruck sie in der Gesellschaft hinterlassen. Die Befragten konnten zwischen einem *guten Bild*, einem *sehr guten Bild*, einem *relativ guten Bild*, einem *schlechten Bild*, einem *ziemlich schlechten Bild* und einem *sehr schlechten Bild* auswählen. Auffallend ist, dass vor allem Tunesier und Algerier ein *schlechtes* bis *sehr schlechtes Bild* in der Gesellschaft haben, wohingegen Marokkaner eher gut abschneiden. Marokkaner hinterlassen in der Gesellschaft zu 71 % einen guten Eindruck, wohingegen Tunesier mit 53 % und Algerier mit nur 26 % abschneiden.

	Ensemble des Français (%)	Sympathisants de gauche (%)	Sympathisants de l'UMP (%)	Sympathisants du FN (%)
• Du Maroc	71	78	80	41
• De la Tunisie	53	65	51	36
• De l'Algérie	26	36	19	12

Abb. 8: politische Orientierung der Befragten[26]

Diese Umfrage wurde nochmals unterteilt in die politische Orientierung der Befragten. Es fällt auf, dass die Probanden nicht – wie angenommen werden könnte – den Front National und seine Ideologien unterstützen, sondern auch im linken Spektrum sowie

[25] http://www.atlantico.fr/decryptage/seuls-26-francais-ont-bonne-image-algerie-contre-71-maroc-et-53-tunisie-ifop-jerome-fourquet-579187.html Zugriff am 15.10.2018.
[26] http://www.atlantico.fr/decryptage/seuls-26-francais-ont-bonne-image-algerie-contre-71-maroc-et-53-tunisie-ifop-jerome-fourquet-579187.html, Zugriff am 15.10.2018.

in Sarkozys Union pour un mouvement populaire (UMP) (mittlerweile als "Les Républicains (LR) bekannt) zu finden sind.

Die negative Bewertung von Teilen der Maghrebiner resultiert vermutlich auch aus der in den Pariser Vororten bestehenden Massenarbeitslosigkeit. So sind dort teilweise bis zu 40 % der 18-25-Jährigen arbeitslos, obwohl viele der Banlieuebewohner das Baccalauréat haben.

Dementsprechend lässt sich eine hohe Frustration und Perspektivlosigkeit bei diesen Menschen feststellen, die beispielsweise durch Aussagen des damaligen Innenministers Nicolas Sarkozy gewissermaßen staatlich gefördert wird, er wollte kurze Zeit vor den Unruhen die Vororte mit einem „Kärcher vom Gesindel zu reinigen“[27].

Die Frustration der Betroffenen, das Wegschauen der Politik , die Vorwürfen, in den Augen der Republik minderwertiger Ballast zu sein, die Perspektivlosigkeit, die durch ein schlechtes gesellschaftliches Image befördert wurde, die hieraus resultierenden Nachteile gegenüber potenziellen Arbeitgebern – all dies führte zu großen Spannungen innerhalb der Vorstadtbevölkerung.

Den Ausschlag für brennende Autos und Gewalt gegenüber Ordnungskräften gab letztendlich aber der Tod zweier Jugendlicher, die von einem Fußballspiel nach Hause kehren wollten. Sie flüchteten vor der Polizei weg, weil sie keine Ausweise dabei hatten und schlimme Konsequenzen fürchteten. Sie rannten blindlings in einen Stromgenerator und wurden darin getötet.

Die Polizei leugnete in der Öffentlichkeit eine Teilschuld, und es wurde von Banden und Drogensüchtigen gesprochen, zu denen die Jugendlichen gehört haben sollen, dies hat sich im Nachhinein als falsch herausgestellt. Dennoch hat die Polizei bis heute kein Schuldbekenntnis abgegeben und nichts an ihren Praktiken einer wahllosen Identitätsprüfung in den Vorstädten geändert, die von Anwohnern als diskriminierend wahrgenommen werden.

Die Ausschreitungen

In den folgenden Nächten nach dem Tod der Jugendlichen brannten in dem Pariser Vorort Clichy-sous-Bois Autos, die Jugendliche in Brand gesteckt hatten und die

[27] https://www.deutschlandfunk.de/frankreichs-banlieues-vor-zehn-jahren-eskalierte-die-gewalt.724.de.html?dram:article_id=335151, Zugriff am 7.01.2019.

Polizei wurde mit Steinen beworfen sowie anderweitig tätlich angegangen. Die französische Presse berichtete bedenkenlos von Banden und dem gewalttätigen *Gesindel*, das Sarkozy Tage vorher mit dem Kärcher beseitigen wollte, ohne dabei auf ein Fehlverhalten seitens der Polizei einzugehen. Diese lieferten sich Straßenschlachten mit den rebellierenden Jugendlichen, verhafteten viele von ihnen und behandelten sie nicht so, wie es die Werte der Republik (liberté, égalité, fraternité) suggerieren möchten. Bis heute haben nur wenige französische Zeitungen das Fehlverhalten der Polizei thematisiert oder die Ereignisse richtiggestellt. Auch im fremdsprachigen Raum – vor allem in Deutschland und England – wurden die Ereignisse eher als Bandenkrieg dargestellt.

Der Grund für die Gewaltbereitschaft von tausenden Jugendlichen, die vor diesen Nächten mehrheitlich nicht polizeibekannt waren, wurde nur im Ausland beschrieben, in Frankreich hat es dazu erst 2006 – also ein Jahr später – erste leiste Stimmen gegeben, die dem Staat strukturelles Wegschauen und eine Politik, die eine Ghettobildung favorisiert, vorwerfen.

Beispiellos ist auch die Solidarität mit Clichy-sous-Bois. Innerhalb weniger Nächte breiteten sich die Ausschreitungen in der Île-de-France aus, erreichten sogar Teilviertel innerhalb Paris‘ und griffen dann in vielen Vororten von Frankreichs Großstädten über. Politik und Polizei standen dieser Bewegung machtlos gegenüber.

Ein Grund dafür war auch die fehlende einheitliche Linie der Politiker. Auf kommunaler Ebene nutzten die Bürgermeister der Vororte die Aufmerksamkeit, um die dortigen Missstände zu kommunizieren und Fragen aufzuwerfen, beispielsweise, warum Jugendliche aus ganz Frankreich aufständisch werden und sich solidarisch mit Jugendlichen aus Clichy-sous-Bois zeigen, obwohl sie die Jugendlichen nicht kannten.

Der amtierende Präsident Jaques Chirac wurde als versagendes, hilfloses Staatsoberhaupt wahrgenommen, das es nicht schafft, die Vororte zu besuchen und sich ein eigenes Bild zu machen, bzw. die Jugendlichen anzuhören.

Sarkozy, amtierender Innenminister und Bewerber zur Präsidentenwahl 2007, sagte den Jugendlichen öffentlich den Kampf an. Er setzte auf hartes Durchgreifen der Polizei und verhängte am 8.11.2005 für drei Monate den Ausnahmezustand, der zuletzt während des Algerienkriegs von 1954 – 1962 Anwendung fand. Die Polizei darf nach dieser Gesetzeslage vermehrt Passanten kontrollieren, ohne Verdachtsmomente Wohnungen kontrollieren und Verhaftungen durchführen. Nicht

ohne Grund wird dieses Verhalten von Medien als nicht deeskalierend beschrieben, wie sich in der folgenden Karikatur entnehmen lässt.

Abb. 9: Die vornehme Art zu löschen[28]

Zu sehen ist die Karikatur von Horsch mit der Unterschrift „Die vornehme Art zu löschen“, auf der der brennende Mantel eines französischen Königs zu sehen ist, den Sarkozy mit einer Ölkanne *löscht*, indem er noch mehr Öl ins Feuer gießt. Hier ist auch die Kritik am französischen Staat ersichtlich, der durch seine Migrationspolitik des *sich-selbst-Überlassens* nun von seinen Fehlern eingeholt wird. Statt also den tiefgreifenden Problemen, die Ursache für die Unruhen sind, auf den Grund zu gehen, gießt der amtierende Innenminister Öl ins Feuer und redet weiterhin von Gesindel und Straffälligen, die dem Staat schaden wollen und die es nun zu bestrafen gilt.

Zweifelsohne hatte die Polizei als ausführendes Organ des Staates in dieser Situation die schwierigsten Position: Die Polizisten wurden von den Medien als rechtsschaffende Handelnde gegenüber den attackierenden Jugendlichen beinahe glorifiziert, dennoch wäre eine neutrale Auseinandersetzung und das Eingeständnis von Fehlern seitens der Exekutive von Nöten gewesen, um eine Aufarbeitung der Ereignisse zu erreichen.

Soziologen zeichnen das Bild von Nicht-Franzosen gegen kultivierte Franzosen[29] und werden hierbei auch von verzerrenden Darstellungen durch Statistiken, fingierte Zitatquellen, mediengerechte skandalträchtige Pressebilder und stark subjektiven Eindrücken unterstützt.

[28] Süddeutsche Zeitung, 5./6.11.2005, S. 4.
[29] Riedel, Sabine (2009): Frankreich als Einwanderungsland. SWP Studie, Berlin, S.10.

Eine durchaus berechtigte Kritik zielt auf die offiziellen Statistiken Frankreichs durch die INSEE[30], die beispielsweise seit jeher nicht zwischen ethnischen Herkünften unterscheiden oder eingebürgerte ehemalige Immigranten nicht zu den Franzosen zählen. Somit ist die Kritik einer nicht kulturell stabilen Form-Konzept-Darstellung berechtigt.

Das Ereignis in den Medien

In den Meldungen der Süddeutschen Zeitung über die Ausschreitungen ist vor allem von sozialen Unruhen, Krawallen und Straßenschlachten die Rede. Diese Begriffe sind negativ konnotiert und unterstützen die Berichterstattungen der französischen Zeitungen, die von Banden und kriegsähnlichen Zuständen sprechen. Krawalle und Straßenschlachten werden erfahrungsgemäß in Krisengebieten wie dem Irak oder Syrien verwendet und suggerieren das Bild eines Ausnahmezustands in einem Land wie Frankreich, das normalerweise eine bestehende Rechtsordnung hat, in dem die Bewohner friedlich leben.

Die Welt schreibt in ihren Artikeln von Unruhen, Ereignissen, bürgerkriegsähnlichen Gefechten und ruft so eine künstliche Expansion des Themas hervor, indem sie von Vorkommnissen reden, die „schon seit fast einer Woche“ andauern[31]. Auch hier sind die Ausschreitungen negativ konnotiert und halten sich inhaltlich an die französische Berichterstattung.

In keiner Weise wird der französische Staat als Aggressor der Ereignisse genannt oder eine Mitschuldgegeben bzw. eine Aufarbeitung der Vorkommnisse in die Wege geleitet[32].

[30] https://www.insee.fr/fr/information/2383177. Zugriff am 11.01.2019
[31] Vogel, Friedemann (2009): „Aufstand“ – „Revolte“ – „Widerstand“. Bern: Peter Lang AG Internationaler Verlag der Wissenschaften. S.55
[32] Ebd. S.85

Kommunale Integrationspolitik oder Leben nach den Unruhen

Medialer Umgang mit Ausschreitungen

Allgemein lässt sich sagen, dass die Auseinandersetzung mit den Vorstadtunruhen in den französischen Medien weniger kritisch gegenüber der Politik und der Polizei als ausführende Kraft geäußert wurde, als es in den deutschen und britischen Medien der Fall war.

Die FAZ weist beispielsweise in dem Artikel „Brennende Vorstädte: Das Phantom der Ordnungen in Paris“ die wesentliche Verantwortung für die Unruhen dem damaligen Innenminister und Präsidentenkandidaten Nicholas Sarkozy zu, der durch seine Rhetorik und Handlungen die Situation in den Vorstädten verschärft habe. So besucht er die Familien der durch *Electrocution* getöteten Jugendlichen und die Polizisten, die er als Opfer der gewalttätigen Jugendlichen darstellt, statt mit den Jugendlichen in Kontakt zu treten und das Gespräch mit ihnen zu suchen, dies hätte möglicherweise deeskalierend gewirkt. In dem Artikel ist weiterhin vom „Niemandsland der Vororte“ die Rede, in denen nicht klar sei, wer der Feind eigentlich sei. Ein Polizist vergleicht den Vorort mit Bagdad.[33]

Die Stuttgarter Zeitung greift dieses Zitat[34] auf und beschreibt die urbane Gewalt als ein überraschend aufgetauchtes Problem, zitiert jedoch auch die Soziologin und Strafvollzugsexpertin Maryse Esterle-Hedibel, die kritisiert, dass in den Vororten öfter Kontakt zu Polizisten, als zu Lehrern stattfindet und dieser Kontakt von den Jugendlichen als Schikane empfunden würde. Dies sei eine strukturelle Diskriminierung und Sarkozy bestärke diese, indem er verspreche, das „Krebsgeschwür urbaner Gewalt auszumerzen“[35].

Auch die Integration von Einwanderern wird in einigen deutschen Zeitungen thematisiert. So beschreibt der Artikel „Neuntausend brennende Polizeiwagen: Was Integration in Frankreich heißt“ die Ausschreitungen als „nationales Sonderproblem“, da die urbane Segregation dafür sorge, dass Arme und Reiche nicht aufeinander

[33] „Brennende Vorstädte: Das Phantom der Ordnungen in Paris“, FAZ, 1.11.05, S. 3
[34] „Das ist Bagdad“, Stuttgarter Nachrichten, 31.10.05, S. 4.
[35] "Ohne Wörter bräuchte man keine Waffen", Der Standard, 29.08.06, S.4

treffen würden, sodass ein Unwissen, Unverständnis und Misstrauen zwischen ihnen herrsche. Die Vororte besäßen eine eigene Ordnung, seien ein rechtsfreier Raum, sodass nicht – wie beschrieben – die Polizei das Problem sei, sondern ein ganzheitliches Versagen der Politik vorliege. Weiterhin wird Frankreich als Vorreiter dieses Problems benannt, das ganz Europa beträfe, weil überallpolitische Versäumnisse zu bemerken seien. [36]

In „Krauses Klartext“ der Welt wird sogar von französischer Apartheid geredet, in der die „Abgeschriebenen ihr Abgeschrieben-Sein nicht akzeptierten“. Durch gescheiterte Integration sei die Ghettoisierung von Vororten, die von Maghrebinern und Arabern dominiert würden, favorisiert worden, weswegen es nötig sei, sie aus gesellschaftlichen Zusammenhängen herauszulösen, damit die „Gutwilligen ihre Chance“ bekämen. Das Engagement des Bürgertums sei dazu notwendig, um zu „selektieren, engagieren“ und sie zu „fördern und fordern“.[37]

Die Metapher „Spiel mit dem Feuer“ wird vom Handelsblatt zwei Mal als Überschrift verwendet. Im Juni 2006[38] ist dort von gescheiterter Integration und hart empfundenen Polizeiaktionen die Rede. In dem Artikel wird von den nach den Unruhen erlassenen Notstandgesetzen berichtet, durch die unter anderem Hausdurchsuchungen ohne hinreichenden Verdacht möglich sind. Diese Hausdurchsuchungen lösen eine erneute Welle der Unruhen aus. Der Artikel bezeichnet die Diskriminierungen als Nährboden der Gewalt, der durch erhöhte Hausdurchsuchungen noch intensiviert wurde.

Die Annahme, dass Integration durch einen Pass geschehe, sei zudem falsch, denn aus Untersuchungen, die hier nicht näher benannt werden, sei hervorgegangen, dass die Kinder bzw. Enkel von Einwanderern schlechter integriert seien, als ihre Eltern und Großeltern.

Dieser Aspekt wird im Oktober 2006 in einem gleichnamigen Zeitungsartikel nochmals aufgegriffen, in dem beschrieben wird, dass – im Vergleich zu Deutschland – keine Sprach- und Bildungsbarrieren vorhanden seien. Vielmehr handele es sich um Migranten aus ehemaligen Kolonien, die überwiegend gute Schulabschlüsse besäßen, aber keine Arbeit fänden, sodass in Clichy-sous-Bois, dem Vorort, in dem

[36] „Neuntausend brennende Polizeiwagen: Was Integration in Frankreich heißt“, FAZ, 26.10.2005, S.37
[37] „Krauses Klartext“ FAZ, 26.10.2005, S.38
[38] „Spiel mit dem Feuer“, Handelsblatt, 2.-5-6.2006, S. 8.

die Ausschreitungen ihren Ursprung haben, mehr als 40% der bis zu 25-Jährigen arbeitslos seien.[39]

Die Neue Zürcher Zeitung betitelt im Juni 2006 die Pariser Banlieues als Pulverfass. Der Artikel kritisiert die Maßnahmen zur Unterdrückung von Krawallen, bei der es nicht um die Beseitigung der tiefgreifenden Ursachen ginge. Die Maßnahmen, auf die Bezug genommen wird, sind die Verstärkung der Polizeipräsenz in den Vororten, die Hausdurchsuchungen und das kurzweilig erlassene Versammlungsverbot von Minderjährigen in den Vororten. Dieses vom Bürgermeister erlassene Verbot führte zu Protesten gegen den Bürgermeister vor seinem Büro und seinem Privathaus und zeigt, dass die Maßnahmen, Gewalt mit Gegengewalt zu bekämpfen, die falsche Herangehensweise ist.[40]

Die Saarbrücker Zeitung titelt einen Artikel im Oktober 2006 „Die Pariser Politik versagt“ und bezieht sich dabei vor allem auf den ausgerufenen Notstand, der die Situation in den Vororten unter Kontrolle bringen sollte. Dieser wurde für drei Monate verkündet, sodass die Unruhen zwar zurückgingen, dies aber aufgrund der Angst Jugendlicher vor weitreichenden Bestrafungen erklärbar ist. So konnte oberflächlich zwar eine öffentliche Ordnung wiederhergestellt werden, die für die anstehenden Präsidentschaftswahlen 2007 wichtig war, aber tiefgründig waren die Unruhen weiterhin präsent, dies bestätigen andere Zeitungsartikel. Mattias Beermann, ein Frankreich-Berichterstatter nennt die Jugendlichen „orientierungslose Habstarke, gewissenlose Kriminelle“, kritisiert aber auch die Politiker als Mitverantwortliche, die „nicht über den Tellerrand der nächsten Wahl schauen“.[41]

Aber auch die französische Presse hat einige Monate nach den Ausschreitungen begonnen, das Vorgehen der Politik zu kritisieren und sich mit ausbaufähiger Integration zu beschäftigen.

Anfang 2006 publiziert Le Monde einen Brief an den Präsidenten, der auf den Zusammenhang zwischen den Erfahrungen der Jugendlichen in den Vorstädten und den Unruhen hinweist. Hier würden sich ihre erlebte Ungerechtigkeiten, Ungleichheiten und Diskriminierungen widergespiegeln. Es sei zudem falsch, nicht in Kultur und Bildung zu investieren, denn eine gute Zukunft sei für die Pariser Banlieuekinder zwar sichtbar, aber nicht greifbar. Der Brief appelliert an den Präsidenten der Republik, der als einziger die Menschen wiedervereinen könne, indem er die Bewohner der Vorstädte nicht vertreibe und isoliere, sondern in Zugänge

[39] „Spiel mit dem Feuer“, Handelsblatt, 24.10.2006, S. 2.
[40] "Die Pariser Banlieue weiterhin ein Pulverfass", Neue Zürcher Zeitung, 1.06.2006, S. 1-2.
[41] "Die Pariser Politik versagt", Saarbrücker Zeitung, 27.10.2006, S. 6.

zu Arbeit, angemessenem Wohnraum, Gesundheit, Erreichbarkeit und soziale Teilhabe investiere[42].

La Croix berichtet im Januar 2006 von Vorstädten, in die die Ruhe wieder eingekehrt sei und umfassende Projekte angelegt wurden, die langfristig zu einer Verbesserung der Situation in den französischen Vorstädten führen solle. In diesem Zuge wird das Projekt „PRU“ vorgestellt, *Le projet de rénovation urbaine*, dass mit einer Summe von 333 Mio. EUR die Überbelegung von Wohnungen in den Vororten und ihren oftmals schlechten Zustand mit Hilfe von Renovierungen verbessern soll. Innerhalb von fünf Jahren sollte dieses Projekt verwirklicht werden, allerdings waren zu diesem Zeitpunkt noch Fragen zur Finanzierung offen und es war schon absehbar, dass das Geld nicht reichen wird, um das Problem zu beheben. Auch Vereine, die sich teils ehrenamtlich engagieren, sahen die Finanzierungsfrage kritisch, da sie bis Ende Dezember 2005 noch keinen finanziellen Mittel vom französischen Staat erhalten hatten. Das Geld hätten sie gebraucht, um aktiv helfen zu können. „Alle wird man nicht retten können, aber die Gutwilligen sollen ihre Chance bekommen“ heißt es in diesem Zeitungsartikel, dabei wird auf das Bürgertum verwiesen, das über Förderung, Forderung, Selektion und Engagement in die Problemlösung einbezogen werden soll[43].

In der gleichen Ausgabe meldet sich die Présidente de l’Ecole des hautes études en sciences sociales (EHESS) – Danièle Hervieu-Léger – zu Wort und konstatiert, dass es sich bei den Ausschreitungen zwar um kurzfristige Aktionen handele, diese aber von einem langen Prozess gekennzeichnet seien, der sich bereits seit den 1980er Jahren abzeichne. Sichtbar sei dies an der Städtebauentwicklung und fehlenden Transportmitteln, mit denen die Vorstadtbewohner in die Städte gelangen könnten sowie ein diskriminierender Arbeitsmarkt, der den Zugang für viele Menschen mit Migrationshintergrund zu Arbeitsplätzen verwehrt. Die Schulen in den Vorstädten stünden außerdem symbolisch dafür, dass die Kinder der Vorstadt nicht entfliehen könnten. Viele besäßen gute Abschlüsse, mit denen sie aber keine Ausbildungen oder Jobs bekämen, wodurch die Frustration steige. Somit seien die Ursachen für die Ausschreitungen wirtschaftlicher aber auch kultureller Natur.

Langandauernde Arbeitslosigkeit bedeute das „Herumlungern“ auf den Straßen und erst so kämen die Jugendlichen auf „dumme Gedanken“. Es sei außerdem ein Appell an die Integration, denn die Jugendlichen, die die Autos angezündet hätten, seien

[42] „Égalité, justice, dignité pour la Seine-Saint-Denis", Le Monde, 14.02.2006, S. 8.
[43] „Les banlieues restent convalescentes“, La Croix, 22.1.2006, S. 16.

diejenigen, die die größte Hoffnungslosigkeit erlebt hätten. Die Soziologin kritisiert abschließend die Berichterstattung in den Medien, in denen nur das Alter der Jugendlichen mitgeteilt wurde, Hervieu-Léger betont, dass das Alter nicht relevant sei, sondern der jeweilige Schulabschluss der Banlieuebewohner, denn allein so könne man das Problem erfassen und beheben[44].

[44] „Je vois dans cette révolte un appel à la société“, La Croix, 22.1.2006, S. 16.

Politische Konsequenzen

Nach den Ausschreitungen wurde in allen gesellschaftlichen Bereichen schnell klar, dass die Situation nicht nur kurzfristig, sondern auch langfristig unter Kontrolle gebracht werden muss. Dementsprechend wurde in der Zeit nach den Ausschreitungen – vor allem 2006 – viel öffentlich und medienwirksam diskutiert und Lösungsmöglichkeiten vorgestellt.

So schreibt Le Monde am 25. Januar[45], dass anders als von der Politik suggeriert, 80 % der Jugendlichen, die an den Ausschreitungen teilgenommen hatten, vorher nicht bei der Polizei auffällig geworden waren und lediglich 20 % aus sogenannten Problemfamilien kämen. Man müsse davon ausgehen, dass ihre Wut, die sich gegen staatliche Institutionen, beispielsweise Schulen richte, ein Zeichen mangelnder Integration sei und diese Institutionen strukturell diskriminierend handelten. Es seien keine organisierten Gruppen oder Banden gewesen, sondern kleinere Gruppen, die mit den gestorbenen Jugendlichen sympathisierten und auf die diskriminierenden Identitätskontrollen der Polizei aufmerksam machen wollen würden. Von der Polizei gibt es keine Statistiken, wie oft Gruppen unterschiedlicher Herkunftsstaaten auf ihre Identität überprüft werden, jedoch berichten seit den Ausschreitungen immer mehr Banlieuebewohner , dass sie beinahe täglich von der Polizei angehalten und überprüft würden. „Diese Überprüfungen empfinden viele als Schikane“, wird ein Anwohner zitiert. Als Problem benennt Le Monde zudem den Stellenabbau bei der Polizei bei gleichzeitig erhöhten Personenkontrollen und somit der Überlastung der Polizisten, sowie mangelnde Finanzierung gemeinnütziger Vereine, die als Mediatoren zwischen Jugendlichen und der Polizei gelten. Die Tatsache, dass nur von männlichen Bewohnern in den Medien geredet würde, sieht der Artikel darin, dass Mädchen segregiert würden. So seien Mädchen – im Hinblick auf ihre zukünftige Rolle als Frau und Mutter – eher in der Familie und im Haushalt anzutreffen, die Jungen – als potenzielle zukünftige Familienernährer – eher auf der Straße, da ihnen die Perspektive einer Arbeitsstelle fehle. Diese männliche Jugend spiegele, anders als von der Politik suggeriert werden möchte, nur einen kleinen Teil der französischen Jugend wider, nämlich den Teil der Migrantenkinder, der Arbeitslosen und der Arbeiter, die oftmals Geringverdiener seien. Die zuletzt eingewanderten Maghrebiner werden hierbei als Problem verursachende Gruppe charakterisiert, die die sozialen Probleme hervorrufe. Die Diskriminierung lasse sich auf dem Arbeitsmarkt sehr deutlich erkennen, da es zu diesem Zeitpunkt rund 100.000 freie Arbeitsstellen

[45] „Ce que nous avons appris sur les nuits de novembre“, Le Monde, 25.01.2006, S. 19.

gegeben habe, die von den Banlieuebewohnern besetzt werden könnten, aber nicht werden. Das größte Ausmaß der Ausschreitungen sei demnach in den Vororten zu finden, in denen die höchste Arbeitslosigkeit verglichen mit relativ hohen Bildungsabschlüssen zu finden sei. Der *ascenseur social*, also der *soziale Fahrstuhl*, der gerne als Metapher von Politikern im Zuge der Integrationsdebatten genutzt wird, funktioniert also nicht so, wie es die Politik darstellen möchte.

Schlechtes Ansehen in der Gesellschaft genießen vor allem die Maghrebiner, wobei Marokkaner und Tunesier, verglichen mit den Algeriern, noch besser abschneiden.

Dass die Eltern ihre Kinder nicht erzögen, ist in der Gesellschaft ein ebenso fest verankertes Bild, wie das Vorurteil, dass die Einwanderer nicht arbeiten gehen wollen. Le Monde sieht dieses Bild darin begründet, dass sich maghrebinische Mütter eher in der Wohnung aufhalten und um die Kinder kümmerten, die Väter wegen ihrer Arbeit kaum Zuhause seien und das Geld knapp sei. Die Eltern seien stolz auf ihre Kinder, ohne dabei genau zu wissen, was sie tagsüber täten und auch nicht hinterfragten, woher das Geld der Jugendlichen käme, dass diese Zuhause abgäben.

Die Hoffnung einer gelingenden Integration liege bei den Schulen, die ihrerseits aber mangelndes Engagement und fehlende Unterstützung der Politik beklagen. So fühlten sich viele Lehrkräfte alleingelassen und sehen sich mit einer unüberwindbaren Aufgabe konfrontiert. Die Schulen seien häufig trostlos, heruntergekommen und mangelhaft ausgestattet, Hoffnungslosigkeit sowie Gewalt überall spürbar. Häufig wechselnde Lehrkräfte ließen kein kontinuierliches Lernen in den Schulen zu.

Dass Le Monde hier ebenfalls verbreitete Stigmatisierungen aufgreift, obwohl sie Vorurteilen die Schuld am schlechten Bild der Maghrebiner geben, lässt sich hieraus dennoch erkennen.

Letztendlich kommt der Artikel zu dem Fazit, dass der Grund für die Ausschreitungen soziale Ungerechtigkeiten seien, dass territoriale Dimensionen einer vergangenen gemeinsamen Kolonialgeschichte die Segregation von Vorstadtjugendlichen aufzeigten.

Libération widmet sich einen Tag später in drei Artikeln den Unruhen von 2005.

Dort ist auf Seite 4 und 5[46] nachzulesen, dass sich die Lage in den Banlieues zwar beruhigt habe, aber die Anlässe der „sozialen Revolte“ noch immer bestünden. Samir Mihi, ein Sportlehrer aus Seine-Saint-Denis berichtet, dass die Gründe der Revolte nachvollziehbar seien, aber die Art und Weise des Protests nicht toleriert werden

[46] „La banlieue bouillonne d’idées contre l’exclusion“, Libération, 26.01.2006, S. 4-5.

könne. Er habe an einem Treffen teilgenommen, in dem Vorstadtbewohner ihre Bedenken, Sorgen und Ängste an den Präsidenten formuliert haben. Die Bewohner hätten das Gefühl, die Politiker lebten „in einer Blase, da sie keine Ideen haben, wie man die Krise beenden könnte, also müssen wir ihnen die Ideen liefern“. Hier wird bereits deutlich, dass die Politik sich schwer tat, die innerpolitischen Probleme in den Griff zu bekommen.

Lösungsmöglichkeiten für die Banlieuebewohner sei beispielsweise ein Treffen von Politikern und Vorstadtbewohnern, um sich gegenseitig kennenzulernen, Misstrauen abzubauen, das Gefühl des Unbekannten loszuwerden und sich über Interessen auszutauschen. Auch würden die Bewohner der Banlieues gerne mit Menschen in Kontakt treten, die nicht in den Vorstädten lebten, aber trotzdem den Dialog suchen wollten und Lösungsvorschläge einzubringen hätten.

Die Bedenken, Sorgen und Wünsche schriftlich an den Präsidenten mitzuteilen, erinnert sehr an die „Cahier de doléances“ aus dem Jahr 1789, in denen der Dritte Stand an den König schrieb, um die gleichen Privilegien zu erhalten, wie die anderen beiden Stände.

Der Inhalt dieser „Cahiers de doléances“ wird auf der gleichen Seite im Artikel „L’Etat a de l’argent pour Paris, pas pour le 93“[47] erläutert, in dessen Titel bereits Kritik sichtbar daran wird, dass der Staat viel Geld in Paris investiere, aber nicht in die Vororte.

Die Forderungen lauten, dass schadhafte Häuser abgerissen oder renoviert werden sollten, dass das Geld, das durch die Mieten eingenommen werde, zu einem Großteil in die Renovierung fließen sollte und dass untragbare Zustände in den Häusern schnellstmöglich aufgehoben werden müssten, damit die Bewohner dort menschlich leben könnten. Es wird beschrieben, dass es oft kein Licht im Flur gebe, dass die Mülltonnen überquöllen und dadurch Nagetiere anzögen, bereits des Öfteren gab es monatelang kein warmes Wasser und es stinke entsetzlich. Darüber hinaus würden umständliche, also lange und indirekte Transportwege die Vororte vom Pariser Zentrum abgrenzen, so dauere eine Autofahrt zum Flughafen – dem größten Arbeitgeber in der Umgebung – durchschnittlich 20 Minuten, mit den öffentlichen Verkehrsmitteln Bus und RER seien es über eine Stunde für vier Kilometer. Wer um 5 Uhr morgens zur Frühschicht müsse, wäre sowieso auf ein Auto angewiesen, denn die Öffentlichen Verkehrsmittel würden erst viel später fahren. Deswegen wird in diesem Bereich der Ausbau des Schienennetzverkehrs und der Einsatz von mehr

[47] „L’Etat a de l’argent pour Paris, pas pour le 93“, Libération, 26.01.2006, S. 5.

Bussen gefordert. Ein Mann schreibt dazu: „Man ist mit Führerschein besser dran, als mit einem Schulabschluss“. Hieran wird sehr deutlich, dass eine mangelnde Infrastruktur eine Exklusion der Banlieuebewohner nach sich zieht, den dort lebenden Menschen ist es nur mit eigenem Auto möglich, zu einer Arbeitsstelle zu kommen, die wiederum Teil ihrer Integration ist.

Eine Zeit lang sei ein Rückgang von Unternehmen in den Vororten sichtbar gewesen, nun siedelten sie sich wieder an, da sie in den Banlieues geringere Steuern zahlen müssten, allerdings werde nur eine geringe Zahl der Vorstadtjugendlichen eingestellt. Deswegen wird eine verstärkte Kommunikation zwischen jugendlichen Arbeitssuchenden und Unternehmen gefordert, um sich gegenseitig kennenzulernen und Hemmnisse im Umgang miteinander abzubauen.

Zudem spiele die Polizei ihre Macht demonstrativ aus, die Bewohner wünschen sich, dass ein Dialog stattfindet, der das Misstrauen abbauen kann und einen Umgang, der auf Vertrauen setzt, damit die Polizei für Sicherheit sorgen kann und die Bewohner beschützt, statt ihnen Angst zu machen. Ein Anwohner sagt dazu: „Es fehlt an Vertrauen. Wir sind nicht alle gleich“. Hier wird deutlich, dass scheinbar auch die Polizei nicht vor Vorurteilen gefeit und Diskriminierung ist, auch hierdurch wird Integration gehemmt.

Ein weiterer Kritikpunkt seien mangelnde außerschulische Angebote für Kinder und Jugendliche. Dies würde zeigen, dass unter anderem die Lehrer resigniert hätten, hierdurch würde die Hoffnungslosigkeit und Perspektivlosigkeit nur weiter gefördert. Stattdessen könnten Angebote geschaffen werden, um wieder Hoffnung zu geben, vor allem Spielplätze würden gewünscht werden. Zwar gäbe es auch keine Kinos, Parkanlagen oder Schwimmbäder, aber ein Spielplatz sei zunächst ein kostenloses Angebot für die Kinder, die momentan zwischen Autos auf Parkplätzen oder auf Vorhöfen spielten. Sportangebote, die sich die Familien der Jugendlichen leisten könnten, wären aber auch sinnvoll.

Hier wird klar, dass die Jugendlichen weder Geld noch Auswege haben, um den Vorstädten zu entfliehen. Gepaart mit Langeweile sind die Resultate des vorangegangen Novembers nachvollziehbar.

Ebenfalls auf Seite 5 wird in einem Artikel über ein Treffen in Paris berichtet[48], an dem führende Soziologen und Wissenschaftler der Republik teilnahmen. Diese kritisieren das Vorgehen der Jugendlichen scharf: „Statt mit Feuer und Steinen, hätten die Jugendlichen auch in die Öffentlichkeit gehen und sich mit Worten das Gehör der

[48] „Des émeutes aux résonances politiques“, Libération, 26.01.2006, S. 5.

Politiker verschaffen können“. Es wird zudem von vermeidbaren Toten geredet, deren Tod die Jugendlichen zu vertreten hätten. Als weitere Ursache für die Ausschreitungen wird nicht nur die Gewaltbereitschaft der Jugendlichen genannt, sondern auch die Polygamie, die illegalerweise in den Vorstädten herrsche und die Grund für höheres Gewaltpotenzial sei, wie eine von der Polizei in Auftrag gegebene Studie angeblich zeige.

Hier wird deutlich, dass die Elite Frankreichs zu diesem Zeitpunkt noch nicht das Problem der Vorstädte verstanden hatte. Über Monate hielt die Politik an der Polygamie als Ursache der Unruhen fest, bevor sie wirkliche Ursachenuntersuchungen anstrebte, wie weitere Artikel zeigen werden. Polygamie ist in der westeuropäischen Gesellschaft, – die die Monogamie als einzige Eheform zulässt – etwas Abstoßendes, Fremdes, ein Zeichen der Ungleichbehandlung zwischen Mann und Frau. Behauptungen wie diese, die nicht verifiziert werde können, fördern die Ausgrenzung maghrebinischer Einwanderer – in deren Herkunftsländern ein Mann bis zu vier Frauen haben darf – erheblich und tragen nicht zu ihrer Integration bei.

Der Artikel „Les ghettos sont aussi dans les têtes“[49] aus Les Echos unterstreicht diese These.

Dort werden die Ergebnisse einer Befragung vorgestellt, die in den Banlieues stattgefunden hat. Unklar bleibt, wie viele Menschen befragt wurden, welches Alter und welche Herkunft die Probanden hatten. Lediglich der Wohnort, der sich in den Banlieues befindet, wird angegeben. Von den Befragten sagten 62 % aus, dass sie mit ihrem Viertel zufrieden sein. Es wurden Chancen auf Arbeitsplätze, Attraktivität der Läden, Grünflächen, persönliche Gründe und Bezahlbarkeit der Mieten abgefragt.

Negativ wurden Isolierung und fehlende Teilhabe am Leben empfunden, ebenso ein Gefühl der Unsicherheit und Deklassierung aufgrund des Wohnortes und das Bild von Anderen über diesen Wohnort. Einigen Befragten war es aber auch nicht wichtig, wo sie wohnen, das wird damit begründet, dass diese Menschen wenig Zeit in ihrem Viertel verbringen würden.

Die Verfasser der Studie kamen zu dem Fazit, dass die Existenz von Ghettos in Frankreich nicht zu leugnen sei, dass diese aber vor allem auch in den Köpfen der Menschen existierten.

[49] „Les ghettos sont aussi dans les têtes“, Les Echos, 25.04.2006, S. 22.

Das deutsche Handelsblatt veröffentlicht im Juni 2006 einen Artikel mit dem Titel „Spiel mit dem Feuer“[50]. In ihm wird die gescheiterte Integration der aufständischen Jugendlichen in den Vororten der Großstädte kritisiert, die hart empfundenen Polizeiaktionen hätten nicht zum gegenseitigen Verständnis beigetragen. Vor allem die Ausrufung des Notstands – der das letzte Mal im Algerienkrieg ausgerufen wurde – fördere die Auseinandersetzungen. Durch die Notstandgesetze ist die Polizei befugt, ohne dringenden Verdacht Hausdurchsuchungen durchzuführen und Identitätskontrollen weiter zu verstärken.

Weiterhin wird festgestellt, dass die Annahme, Integration geschehe durch den Pass – also den Erwerb der französischen Nationalität – und die Schule, ein Trugschluss war, denn die Kinder von Immigranten seien schlechter integriert, als ihre Großeltern und Eltern. Das liege laut Verfassern des Artikels vor allem daran, dass die Eltern und Großeltern Arbeitsstellen hätten, die ihnen den Zugang zur französischen Gesellschaft erleichterten, während ihre Kinder trotz Schulabschlüssen oftmals arbeitslos seien und von Firmen nicht eingestellt würden.

Die Politik habe daraufhin ein Gesetz zur Chancengleichheit verabschiedet, bei dem es darum ginge, für die Jugendlichen eine Perspektive zu schaffen, indem Ausbildungen bereits ab 14 Jahren möglich seien. In diesem Zuge wurden auch anonymisierte Lebensläufe eingeführt, in dem weder ein Foto, noch der Name, der Vorname, die Adresse, das Geschlecht, das Alter oder das Geburtsdatum und die Nationalität zu sehen sind. Außerdem hat die Antidiskriminierungsbehörde einen Kompetenzzuwachs erfahren und der freiwillige Zivildienst wurde auf 14 Jahre herabgesetzt. All diese Maßnahmen sollten dabei helfen, Banlieuebewohner erfolgreicher in die französische Gesellschaft zu integrieren.

Arbeitgeberverbände organisierten zudem seit dem Sommer 2006 Treffen von Jugendlichen und Unternehmen, damit diese sich kennenlernen und Hemmnisse im Umgang miteinander abbauen könnten. Die Société nationale des chemins de fer français (SNCF) habe zudem zusätzliche Stellen dafür versprochen, dass in den Banlieues auch Banlieuebewohner kontrollierten. So solle Gewalttaten vorgebeugt werde, da es öfter zu Vorfällen zwischen „weißen Pariser Kontrolleuren und Banden“ gekommen.

Jedoch seien die Vorstädte nach wie vor ein staatlich geförderter rechtsfreier Raum, der Menschen, die friedliche Bewohner seien und Angst hätten, benachteilige. Statt medienwirksam gegen „Gauner und Ganoven“ zu schimpfen, Militärflugzeuge über

[50] „Spiel mit dem Feuer“, Handelsblatt, 2.-5-06.2006, S. 8.

die Vororte fliegen zu lassen und die Polizeipräsenz kurzfristig zu erhöhen, um damit das Bild eines Krisengebietes zu suggerieren wären Maßnahmen zur Sicherstellung ausreichender Polizeipräsenz und eine ausgearbeitete Sicherheitsstrategie durch den damals amtierenden Innenminister Nicholas Sarkozy erforderlich gewesen..

Auch die deutsche Zeitung Die Welt findet harte Worte für den Umgang mit den Unruhen[51]. Die sogenannten „zones urbaines sensibles“ wurden durch ein entsprechendes Gesetz reaktiviert, Orte, die als solche Zonen benannt wurden, genießen aufgrund ihres Problemstatus hohe Priorität bei der Finanzierung und im Städtebau.. Auch die Einwanderungsgesetze wurden geändert, sodass nach den Unruhen nur noch beruflich besonders Qualifizierte einwandern durften. Diese selektive Einwanderung führe zu Diskriminierung ärmerer und geringer qualifizierter Einwanderer. Durch die verschärften Einwanderungsgesetze wurden weniger Aufenthaltsgenehmigungen ausgestellt und die Familienzusammenführung, die für maghrebinische Einwanderer ohnehin durch Sondergesetze bereits komplizierter waren, noch zusätzlich erschwert.

Sarkozy, seinerseits ebenfalls Kind von Einwanderern, hätte mit solchen Voraussetzungen nicht die Chance zur Einwanderung gehabt, bemerkt der Verfasser des Artikels.

Die Unternehmen *Axa* und Cartier nutzen die Situation und sprechen mit den Menschen in den Vororten darüber, was sie benötigen und was sich ändern müsse, um ihre Situation zu verbessern. Anonymisierte Lebensläufe bieten diese Unternehmen noch vor dem Gesetzeserlass freiwillig an, und es schließen sich ihnen immer mehr Unternehmen noch vor Gesetzesverabschiedung an.

Die Welt berichtet zudem in dem Artikel von einer Polizei, die wachsam ist, sich aber zurückhält und Provokationen so weit wie möglich aus dem Weg geht. „Wenn es irgendwo brennt, kommen sie, um zu löschen und verschwinden danach wieder“, wird ein Bewohner zitiert.

Auch die Zeitung Libération findet wenig gute Worte für eine Politik, die scheinbar stillsteht. In „Un an après le Kärcher c’est la même merde“[52] beschreibt der Autor, dass weder die versprochenen zusätzlichen Polizisten eingestellt wurden noch damit

[51] „In den Pariser Vorstädten herrscht eine trügerische Ruhe“, Die Welt, 19.05.2006, S. 6.
[52] „Un an après le Kärcher c’est la même merde“, Libération, 19.06.2006, S. 15.

begonnen wurde, die Polizeigebäude zu bauen, bei der sich die Pariser Kommunen mit 300.000 Euro finanziell beteiligt hatten. Die Compagnies Républicaines de Sécurité (CRS), eine Polizeieinheit, schikaniere und kontrolliere wahllos Einwohner, sodass die Lage nach wie vor prekär sei. Durch die Unruhen habe sich die kommerzielle Situation in den Banlieues sogar noch verschlechtert: Innerhalb eines Dreivierteljahres hätten Läden geschlossen, seien umgezogen oder – im Falle der Post – würden aus Angst vor neuen Unruhen und aus Unsicherheit der Mitarbeiter nur unregelmäßig öffnen.

Auch Le Figaro hatte wenige Tage zuvor einen Artikel über die wenig veränderte Situation in den Vorstädten veröffentlicht[53]. Dort wird Sarkozy kritisiert und festgestellt, dass er – statt einer „Kärcherreinigung" – lieber seine Unterstützung anbieten solle. Ein Reporter, der vor Ort recherchiert, berichtete von defekten Aufzügen in den Hochhäusern, Schildern mit einem Versammlungsverbot vor den Haustüren und – teils schon zerstörten – Videoüberwachungsanlagen, die der Gewalt entgegenwirken sollten. Nach wie vor würden Straftaten verübt werden und nach wie vor wäre mancherorts einer von zwei Jugendlichen arbeitslos. Zudem gebe es laut Statistiken in den Vororten von Paris 15 % mehr Schulabbrecher, mehr Jugendliche lebten in prekären Lebensverhältnissen und beinahe 16 % weniger Führerscheinbesitzer bei den bis zu 25-Jährigen.

Gisèle, 21, aus dem Kongo wird zitiert: „De toute facon, mon adresse est marquée sur mon visage", was bedeuten soll, dass sie sich bewerbe mit einem anonymisierten Lebenslauf, aber spätestens beim Vorstellungsgespräch würde die Hautfarbe ihr den Job verwehren.

In den Vororten leben rund 13.400 Einwohner, davon sind 34 % jünger als 20 Jahre, 37 % sind arbeitslos, ein Haushalt im Vorort hat rund 8.476 € verglichen mit einem Haushalt in Paris mit rund 17.139 € im Jahr zur Verfügung. 27,2 % beträgt der Ausländeranteil in den Vororten, in Paris nur 7,5 %.

Dass eine Jugendliche wie Gisèle keinen Job bekommt, scheint bei Betrachtung dieser Zahlen erklärbar und erfordert mehr, als nur die Renovierung und das Bauen von neuen Sozialbauwohnungen – Habitation à loyer modéré (HLM) – in den Vororten.

[53] „Les 4000 souffrent toujours un an après la mort de Sidi-Ahmed", Le Figaro, 16.06.2006, S. 10.

Auch die neue Zürcher Zeitung berichtet am 1.06.2006 über geplante Maßnahmen, die die Situation der Banlieuebewohner verbessern soll und sie somit stärker in die Gesellschaft zu integrieren[54]. Es seien umfangreich Maßnahmen zur Beseitigung der Ausschreitungsursachen geplant, Sarkozy würde aber weiterhin auf Polizeipräsenz setzen, obwohl es aufgrund von Hausdurchsuchungen zu erneuten Ausschreitungen gekommen sei. Der Bürgermister in Clichy-sous-Bois verhängte daraufhin ein Versammlungsverbot für Minderjährige, dies führte zu gewalttätigen Protesten vor seinem Büro, aber auch seinem Privathaus.

Der Autor meint, dass das vor allem zeige, dass nur ein „kleiner Funken [reiche], um das Fass zum Überlaufen zu bringen".

Zwei Wochen später findet die Neue Zürcher Zeitung noch deutlichere Worte: „Es ist Frankreich, das die Kinder wahnsinnig macht"[55]. Darin wird die französische Presse beschuldigt, bewusst Falschmeldungen verbreitet zu haben, beispielsweise in dem sie behauptete, dass die rebellierenden Jugendlichen Drogenhändler und muslimische Fanatiker gewesen seien, die sich organisiert hätten und zum Zeitpunkt der Sachbeschädigungen polizeibekannt waren. Zudem wurde als vermeintliche Ursache der Ausschreitungen die Polygamie der Schwarzafrikaner genannt. Diese Behauptung sei zwar leicht widerlegbar, dennoch hätte die Presse in ihrer Verantwortung versagt, da sie dadurch diskriminierende Ansichten und die Exklusion von Einwanderern fördere. Auch die Politiker müssten dafür die Verantwortung tragen, da sie durch ihr Verhalten gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund die Spaltung der französischen Gesellschaft herbeiführten.

Dies habe zudem den Ketteneffekt, dass interviewte Jugendliche das ihnen anhaftende Klischee erfüllten und so handelten, wie es von ihnen erwartet werde: Sie setzten sich selbst bewusst herab und grenzten sich aus der Gesellschaft aus.

In der NZZ heißt es weiter, dass die Versprechen zur Verbesserung der Lebenssituation von Vorstadtjugendlichen nicht eingehalten wurden, dies erinnere an die Situation von 1981, als es bereits vergleichbare Ausschreitungen in den Vorstädten gab und umfangreiche Versprechungen auch nicht eingehalten wurden. Der Autor beschreibt den Umgang mit Maghrebinern als symbolische Sühne für den Kolonialismus und den blutigen Algerienkrieg. Die Ausbeutung der Migranten sowie das Gefühl ständiger Diskriminierung und Ungleichbehandlung gebe den

[54] „Die Pariser Banlieue weiterhin ein Pulverfass", Neue Zürcher Zeitung, 1.06.2006, S. 1-2.
[55] „Es ist Frankreich, das die Kinder wahnsinnig macht", Neue Zürcher Zeitung, 15.06.2006, S. 27.

Jugendlichen das Gefühl, *nichts auf die Reihe zu bekommen*. Hinzu komme ein hoher Druck durch Geldnot, Sorgen, Lärm, Raummangel, Dreck, Gestank und die Langeweile verbunden mit der Angst der Eltern, dass die Kinder drogenabhängig würden. Diese offensichtlichen Probleme seien seit Jahrzehnten bekannt. Rassismus, räumliche und schulische Segregation, die Stigmatisierung von Muslimen, Massenarbeitslosigkeit, sowie unprofessionelles Verhalten der Polizei seien die Probleme, die eine erfolgreiche Integration von Einwanderern verhindere.

Eine tief verwurzelte Reformunwilligkeit der Politik, verbunden mit Bestrafungen, statt dem Aufzeigen von Zukunftsperspektiven, werde auch in den folgenden Jahren keine Verbesserung bringen.

Wenn etwas verbessert werden solle, müsse man zunächst fragen, wie es soweit hat kommen können und aktiv etwas an dem Bild von Einwanderern sowie den Bedingungen für ihre Integration ändern.

Das Handelsblatt veröffentlichte im Oktober nochmals unter dem Titel „Spiel mit dem Feuer“ einen Artikel[56]. Hier werden auch Frankreich und Deutschland als Einwanderungsländer mit Migranten aus Algerien und der Türkei verglichen. Anders als in Deutschland stünde in Frankreich keine Sprach- oder Bildungsbarriere der Integration entgegen, da die Maghrebstaaten als ehemalige Kolonien sowohl die Sprache beherrschen als auch einen französischen Bildungsabschluss vorweisen können. Oftmals haben Migranten sogar einen sehr guten Schulabschluss (in den meisten Fällen Bacchalauréat), aber sie bekämen trotzdem keinen Ausbildungsplatz oder einen Job. In Clichy-sous-Bois seien das 2006 rund 40 % der 25-Jährigen gewesen.

Der Premier Villepin habe 100 Maßnahmen angekündigt, um soziale und städtebauliche Situation in den Banlieues zu verbessern. Diese sehen unter anderem die finanzielle Unterstützung von Vereinen und Bürgerinitiativen vor. Das französische Arbeitsamt – Agence nationale pour l'emploi – ANPE solle zudem vermehrt Programme für Jugendliche aus den Banlieues schaffen. Zudem bekommen 46.000 Jugendliche mit Migrationshintergrund einen staatlich geförderten Job und die Gelder zur finanziellen Unterstützung von Renovierungen und Neubauten in den betroffenen Gebieten wurde auf 3,7 Mrd. EUR angehoben. Ein Problem bestehe dennoch: Die staatlichen Mittel fließen zu langsam, sodass die Programme nur sehr langsam auf den Weg gebracht werden.

[56] „Spiel mit dem Feuer“, Handelsblatt, 24.10.2006, S. 2.

Die Saarbrücker Zeitung schreibt in ihrem Artikel „Die Pariser Politik versagt“[57], dass die „halbherzigen Gesetzesinitiativen, die in der Bürokratie stecken geblieben sind“, dazu führen, dass „orientierungslose Halbstarke, gewissenlose Kriminelle“ wieder zur Tagesordnung zurückkehrten. Die Ausrufung des Notstandes, der nach drei Monaten wieder abgeschafft wurde, führe dazu, dass nur die vermehrte Polizeipräsenz und die verstärkte Bestrafung von Jugendlichen übrig blieben, sodass Ausschreitungen wie im Herbst 2005 jederzeit wieder passieren könnten.

Für die Jugendlichen der Vorstädte ist es dadurch noch schwieriger geworden, ihren Platz in der französischen Gesellschaft zu finden. Zugestandene Versprechungen wurden im Zuge des anstehenden Wahlkampfes nicht wieder erwähnt und viele Zugeständnisse sind nicht mehr aktuell.

Die Welt schreibt dazu[58], dass nicht nur die sofortige und härtere Bestrafung der Jugendlichen, die von Premier Villepin gefordert wurde, durchgesetzt werden müsse, sondern das Thema innere Sicherheit ein zentrales Thema im Wahlkampf werden solle, statt nur ein Randthema. Innere Sicherheit gehe alle etwas an und der Dialog miteinander sei wichtig, um Vorurteile und Missverständnisse abzubauen. Dabei helfe keine Gefängnisstrafe, wie sie unter Sarkozy praktiziert werde, aber auch kein Besserungslager, wie Ségolène Royal, seine Kontrahentin im Wahlkampf 2006, gefordert habe.

Veränderungen und Konstanten in den Vororten

Les Echos hat sich am 23.10.2006 intensiv in mehreren Artikeln mit Initiativen und Maßnahmen zur Integration Vorstadtjugendlicher befasst.

„Dix initiatives pour pacifier les banlieues“[59] berichtet von einer Fraueninitiative, die gegründet wurde und an Ständen in den Vorstädten und Paris Informationen über die Situation der Jugendlichen verteilt. Sie bietet dort auch einen Ort, um sich mit Jugendlichen auszutauschen. Weiterhin dokumentieren sie die Gegebenheiten in den Vorstädten und sprechen über die Zukunft der Banlieues. Dies war der Anstoß für einige Eltern derjenigen Jugendlichen, die aktiv an den Unruhen teilnahmen, ein

[57] „Die Pariser Politik versagt“, Saarbrücker Zeitung, 27.10.2006, S. A4.
[58] „Frankreichs Regierung droht nach Krawallen mit harten Strafen“, Die Welt, 27.10.2006, S. 6.
[59] „Dix initiatives pour pacifier les banlieues“, Les Echos, 23.10.2006, S. 3-5.

Stadtmagazin unter dem Namen „Vu d'ici" herauszubringen, das am 28.10.2006 das erste Mal erschien. In Nizza wurden zusätzliche Sportaktivitäten, die ehrenamtlich begleitet wurden, eingeführt, andere Großstädte, so auch Paris, folgten wenig später dem Beispiel.

„Made in Aulnay" und „parole2banlieue" sind zwei Blogs, die initiiert wurden, um den Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, über ihre Probleme zu schreiben und sich mit anderen auszutauschen. Ein Pariser *professeur de littérature* trifft sich wöchentlich mit Jugendlichen aus den Vorstädten und sie entscheiden, was auf dem Blog veröffentlicht wird, überarbeiten Texte und kommen so miteinander ins Gespräch. Die bereits angesprochenen Beschwerdebriefe wurden von einer nachträglich gegründeten Association verfasst: „Association collectif liberté égalité fraternité ensemble et unis" (ACLEFEU). Deren Mitglieder fahren mittlerweile durch Frankreich und befragten Menschen aus den Zones urbaines sensibles über ihre Lebensumstände und Verbesserungsmöglichkeiten. So konnten sie beispielsweise in Clichy-sous-Bois bereits 10 % der Jugendlichen dazu auffordern, sich auf Wählerlisten setzen zu lassen und wählen zu gehen.

In Seine-Saint-Denis wurde in Kooperation mit ansässigen Unternehmen ein Programm für arbeitslose Jugendliche mit Migrationshintergrund eingeführt. Die Jugendlichen dürfen nicht älter als 25 Jahre sein, und ihre schulische Abschlussnote muss besser als 4+ sein, dann können sie ohne vorgelegten Lebenslauf in einem Unternehmen können. Nach drei Monaten wird entschieden, ob sie weiterhin dort arbeiten dürfen oder sich erneut eine Arbeitsstelle suchen müssen. Es soll dem anonymisierten Lebenslauf entgegenwirken und zielt darauf ab, dass nach Leistung und nicht nach Lebenslauf eingestellt wird.

In Marseille sei die erste Reaktion auf die Unruhen die Sicherung von Läden durch Videoüberwachung gewesen, allerdings habe sich schnell ein Verein gegründet, der Musikkurse organisiert und die Instrumente zur Verfügung gestellt habe, sodass die Jugendlichen ihre Wut und die Erfahrungen musikalisch verarbeiten können. Erfahrene Musiker unterstützen die Jugendlichen bei der Gründung von Bands, ohne ihnen dabei jedoch Arbeit, Verantwortung oder Kreativität abzunehmen.

In Massy organisiere ein Verein Abendessen mit Unternehmern und Jugendlichen aus den Vororten, anfangs wurden sie kaum genutzt und waren wenig konstruktiv, aber mittlerweile würden sie gut angenommen werden.

In Paris hat sich der Verein „Transurbain" gegründet, auf Grundlage der Erkenntnis, dass Jugendliche zu Busfahrern den meisten Kontakt haben, wenn sie in die Welt

außerhalb der Banlieues gelangen wollen. Dieser Verein organisiert nun Selbstverteidigungskurse und Schulungen in deeskalierender Gesprächsführung für Busfahrer. So können diese den Jugendlichen positiver auf neutralem Boden begegnen.

Der Artikel „Lutter contre la ségrégation territoriale“ konkretisiert die politischen Vorhaben in Bezug auf Renovierungen, demnach sollen zwischen 2004 und 2008 rund 400.000 Sozialwohnungen renoviert werden. Die Forderung einiger Soziologen, die der Meinung sind, dass ein einheitliches Konzept im Umgang mit den Vorstädten helfen würde, wird vorgestellt. Dieses Konzept soll die dortige angespannte Situation langfristig und nachhaltig verbessern, die Politik überprüfe den Vorschlag[60].

Auch „Proposons un enseignement d’excellence“[61] verweist auf ein bereits mehrfach angesprochenes Problem. Die Diplome der Jugendlichen hätten einen geringeren Stellenwert, wenn sie außerhalb Frankreichs – vor allem aber in Zentralafrika oder den Maghrebstaaten – erworben wurden. Dies würde den Unmut der Jugendlichen nach sich ziehen, sie sähen nicht ein, warum sie einen Abschluss brauchen. Schulen in den Vororten seien zudem keine prestigeträchtigen Orte, sondern heruntergekommene Gebäude mit häufig wechselnden Lehrern und mangelhafter Ausstattung ohne Nachmittagsangebote. In dem Artikel werden die Aufwertung von Vorortschulen und eine Anpassung an Schulen, die in den Großstädten liegen, gefordert. Dann würde es keinen Unterschied mehr machen, an welchem Ort der Schulbesuch stattfinde und ein erheblicher Grund für Diskriminierungen entfalle und der „ascenseur social“ würde wieder aufwärts fahren.

Auch die schulischen Inhalte müssten angepasst werden. So seien der Algerienkrieg und die Kolonialzeit nur ein Randthema im Unterricht und würden ausschließlich aus französischer Perspektive betrachtet. Der Lehrplan könne jedoch Lehrplan so umgestaltet werden, dass die Erinnerungskulturen unterschiedlicher Länder voneinander profitieren und zu besserem gegenseitigen Verständnis führen könnten.

[60] „Lutter contre la ségrégation territoriale“, Les Echos, 23.10.2006, S. 5.
[61] „Proposons un enseignement d’excellence“, Les Echos, 23.10.2006, S. 5.

In dem Artikel „Les députés adoptent une mesure en faveur des biocarburants“[62] wird eine politische Maßnahme zur finanziellen Unterstützung der Ölindustrie kritisiert, die Planung für 2007 sieht hier eine Zahlung von 226 Mrd. EUR vor. Der Autor findet das im Vergleich zu den 100 Mrd. EUR, die der Innenpolitik aufgrund der Ausschreitungen zur Verfügung gestellt werden, als ungerechtfertigt und beklagt die Abstinenz der Ausschreitungen als Gegenstand der Diskussion in französischen Zeitungen. Hier zeige sich, dass es wichtiger sei, den Wahlkampf zu führen als innenpolitische Probleme anzugehen und aktiv für Integration zu kämpfen.

Auch der Artikel „Un an après les émeutes, la situation reste fragile dans les banlieues“[63] hat eine kritische Ausrichtung. Es gebe vielerorts noch immer eine Arbeitslosenquote von bis zu 40 % und versprochene Gelder zur Verbesserung der Situation in den Banlieues seien bisher nicht sichtbar, die finanzielle Unterstützung in Höhe von 67 Mio. EUR reiche bei Weitem nicht aus, um die Lage nachhaltig zu verbessern. Premierminister Villepin sagt dazu, dass es zwei bis drei Jahre dauere, bis die Maßnahmen greifen würden und sieht die Ruhe in den Banlieues als Bestätigung für gut ausgewählte Maßnahmen. Der Bürgermeister von Clichy-sous-Bois allerdings ist der Meinung, dies käme daher, dass die jungen Aufständischen gemerkt hätten, dass solche Situationen gegen sie verwendet werde und sie ihre Lage nicht noch weiter verschlechtern wollten.

In Les Echos wird auf Seite 4 aber auch noch eine positive Initiative vorgestellt. In dem Artikel „Les initiatives du Medef encore modestes“[64] wird berichtet, dass seit ihrer Gründung Anfang 2006 in Pariser Vororten 54 unbefristete und 18 befristete Verträgen abgeschlossen wurden. Außerdem habe es 27 friedlich durchgeführte Demonstrationen gegeben und es wurde regelmäßig eine Arbeitsplatzbörse in der Île-de-France veranstaltet. Bis zu 3.000 Jugendliche unterschiedlicher Schichten seien hier in Kontakt mit Unternehmen getreten und hätten sich über Arbeitsplätze und Ausbildungsmöglichkeiten informiert. Weitere Veranstaltungen seien laut Initiatoren geplant, um wesentlich mehr Jugendliche in der Île-de-France zu erreichen.

---

[62] „Les députés adoptent une mesure en faveur des biocarburants“, Les Echos, 23.10.2006, S. 3.
[63] „Un an après les émeutes, la situation reste fragile dans les banlieues“, Les Echos, 23.10.2006, S. 4.
[64] „Les initiatives du Medef encore modestes“, Les Echos, 23.10.2006, S. 4.

Le Figaro widmet sich Sarkozy in dem Artikel „Sarkozy assure avoir renforcé son assise auprès de l'éctorat populaire"[65] und versucht zu erklären, warum er die Banlieues am Jahrestag der Ausschreitung nicht besucht. Die Erklärung des Autors hierfür ist der bevorstehende Wahlkampf, in dem der Innenminister versuchen würde, Themen wie die Ausschreitungen und die Integration von Migranten zu vermeiden. Der Premier Villepin hingegen äußerte sich in Bezug auf die Banlieues wie folgt: „J'ai décidé de renforcer les moyens dont disposent les associations en débloquant 100 mio. d'euros supplémentaires pour elles". Mit den 100 Mio. EUR sollen 14.000 Vereine subventioniert werden, die die Massenarbeitslosigkeit bekämpfen sollen. Letztendlich seien 84.000 Wohnungen renoviert worden, dies sind zwar weniger als angekündigt, es wurde aber als großer Erfolg in den Medien wiedergegeben. Weitere 3,7 Mrd. EUR seien für die Verbesserung der Sektoren Gesundheitsversorgung und Schule auf kommunaler Ebene geplant.

Grund für solch zurückhaltende finanzielle Unterstützung sei die Angst vor Zerstörung durch erneute Ausschreitungen.

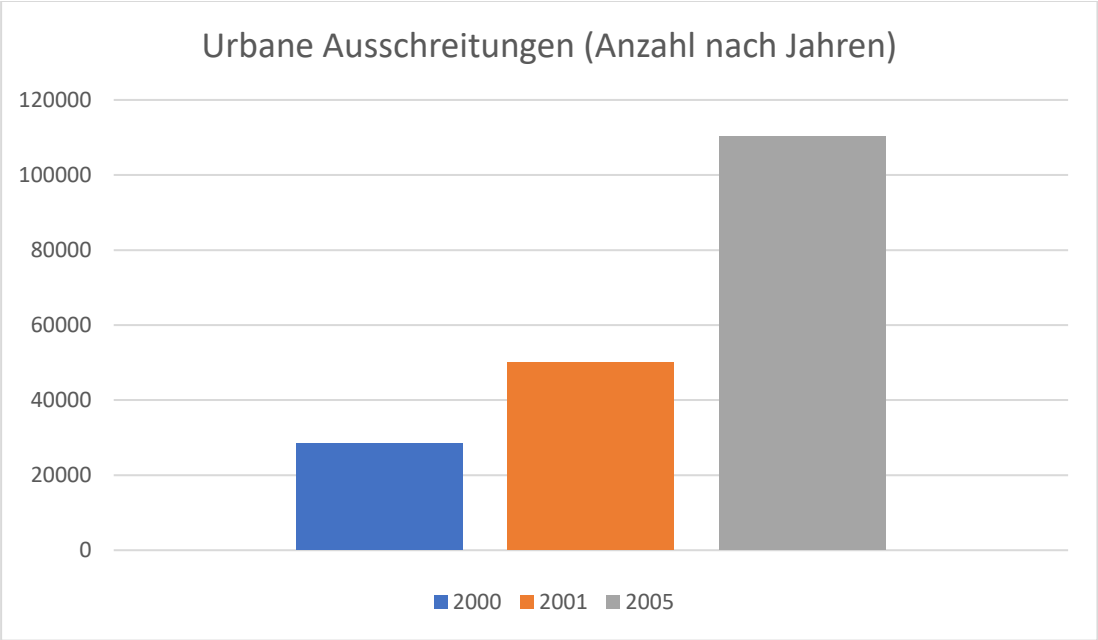


Abb. 10: Urbane Ausschreitungen, eigene Darstellung

[65] „Sarkozy assure avoir renforcé son assise auprès de l'éctorat populaire", Le Figaro, 23.10.2006, S. 8-9.

So stieg die Zahl der Gewaltdelikte zwischen 2000 und 2005 erheblich an. Waren es 2000 noch 28.500 Delikte in Frankreich, erhöhte sich die Zahl 2001 schon auf 50.000 und im Jahr 2005 auf 110.206 Delikte, die die Polizei meldete.

Grund dafür seien unter anderem die häufigeren Durchsuchungen und ein immer größer werdender Unmut der Jugendlichen gegenüber Ungleichbehandlungen der Obrigkeiten.

Während der Premier Villepin Lösungen darin sieht, die erwachsene Bevölkerung in den Banlieues stärker zur Verantwortung zu ziehen, ein Programm für den Schulerfolg zu entwickeln und eine „Agence nationale de la cohésion sociale et de l'égalité des chances" zu gründen[66], betont Sarkozy immer wieder seinen Wunsch auf systematische Verfolgung von Angreifern auf Polizei, Gendamerie und Feuerwehr. Außerdem möchte er eine freiwillige Bürgerwehr einführen, die „Unruhestifter" der Polizei melden können, um diese zu entlasten. Des Weiteren sollen alle, die zu Unruhen aufrufen, härter bestraft werden und eine zweimonatige Gefängnisstrafe bekommen[67].

Die Frage, die sich gestellt werden müsse, sei, wie die Sicherheit der Beamten in den Banlieues gewährleistet werden könne, ohne erneute Provokationen hervorzurufen, fragt sich auch Le Monde[68]. Vor allem nachts sei der CRS unterwegs, um die Sicherheit in den Banlieues zu garantieren und um zu suggerieren, dass die Vororte kein rechtsfreier Raum sind. Ein Polizist berichtet, dass viele *aus Spaß* einen Einsatz melden würden, weil die Spannungen zwischen den Ordnungskräften und den Bewohnern nach wie vor bestehen würden. Deswegen sei die Polizei dazu übergegangen, bereits am Telefon nach der Identität des Anrufers zu fragen, um herauszufinden, ob der Hinweis ehrlich gemeint ist.

Außerdem gebe es neue Interventionsmethoden bei der Polizei, die deeskalierend wirken sollen. Dennoch habe sich die Zahl der Gewaltdelikte in der Zeit von Oktober 2005 bis September 2006 bereits um 6,2 % erhöht, die Tendenz sei sogar steigend.

Angesichts des fragwürdigen Vorgehens hinsichtlich der Polizeinotrufe, erscheine es nicht verwunderlich, dass die Gewaltbereitschaft weiterhin hoch und sogar steigend ist.

---

[66] „Villepin et Sarkozy se disputent les banlieues", Le Figaro, 20.10.2006, S. 6.
[67] „L'intérieur et la Justice concoctent un dispositif", Le Figaro, 20.10.2006, S. 6.
[68] „Le ministère veut une présence policière plus discrète en banlieue", Le Monde, 19.10.2006, S. 3.

Am 16.10.10 veröffentlicht Libération Leserstimmen zu den Vorstadtunruhen[69]. Darin werden die Behörden kritisiert, sich zurückzuhalten, während die Bevölkerung den Bewohnern helfe. Propagandapolitik und rassistische Medien seien der Grund für die Zurückhaltung. Arbeitsplätze seien ausreichend vorhanden, aber auch ein anonymisierter Lebenslauf helfe nicht bei einem Vorstellungsgespräch, in dem die Herkunft wiederbedeutend sei. Die Politikerin Paulette Guinchard-Kunstler von der Parti socialiste (PS) ist sogar der Meinung, dass das Herkunftsviertel diskriminierender als der Name sein kann. Eine häufig aufgestellte Forderung sei demnach, Sanktionen für diejenigen Unternehmen einzuführen, in denen diskriminierendes und rassistisches Verhalten aufträte. Ähnlich einer Frauenquote solle ein Ausländeranteil bei gleicher Qualifizierung eingestellt werden. Denkbar wäre für einige Leser auch eine *démocratie participative*, statt einer repräsentativen Demokratie, die sich zu sehr von ihrer Wirtschaftlichkeit leiten lasse.

Ein Leser schlägt ein überarbeitetes Wahlrecht vor, von dem Ausländer profitieren könnten, es sei förderlich für das Zusammenleben unterschiedlicher Herkunftsnationen.

Es solle außerdem jede rassistisch motivierte Tat stark bestraft werden, um ein Exempel zu statuieren und Diskriminierungen so abzubauen.

Schule sei zudem als Ursache von Segregation zu nennen, hier fordern gemeinnützige Vereine eine Anpassung der Lehrinhalte, die konkreter gestaltet werden sollen, um zu unterstützen und Einblicke ins Berufsleben zu geben[70].

Finanzierungsmittel und Subventionen müssten offengelegt werden, damit bei der Bevölkerung nicht der Eindruck entstehe, die Politik halte sich zurück. So gibt es den Vorschlag, eine Internetseite einzurichten, die über Projekte, die die Regierung finanziert, informiert. So könne jeder Staatsbürger darauf zugreifen und sich einen Überblick darüber verschaffen, in welchen Projekten der Staat gerade aktiv mitwirkt[71].

Um sauber zu machen, bedürfe es keines Kärchers, sondern vielmehr ausreichender Arbeitsplätze, die den Qualifikationen der Arbeitsuchenden entsprächen, denn nur so könnten die Jugendlichen von der Straße geholt werden. Der fehlende Dialog zwischen Politikern und Bewohnern der Vororte sei es, der zu Unverständnis und Missverständnissen führe und die Situation in den Banlieues nicht nachhaltig

[69] „Les doléances en route“, Libération, 1.10.2006, S. 2-4.
[70] Ebd., S. 4.
[71] Ebd., S. 4.

verbessere. Einen weiteren Grund sehen die Leser auch in der Abwesenheit von Politikern in den Banlieues. Dadurch, dass aus der Ferne über die Betroffenen geurteilt werde, sei die Politik realitätsfern und separiere die Vorstadtbewohner noch weiter von der französischen Gesellschaft und ihren Politikern[72].

Der Bürgermeister von Clichy-sous-Bois bringt Frankreichs innenpolitisches Problem auf den Punkt: „Frankreich weiß nicht, was es mit den Armen machen soll, die es selbst hervorgebracht hat“[73]. Indizien dafür sieht er in der hohen Arbeitslosenquote, die in Clichy-sous-Bois 22 % beträgt, in Frankreich liegt sie durchschnittlich nur bei 9,8 %. Unter den 18-25-Jährigen in dem Pariser Vorort beträgt sie sogar ca. 40 %. Hinsichtlich einer gelungenen Integration hält er es auch für problematisch, dass es in Clichy-sous-Bois keine Zweigstelle des Arbeitsamtes ANPE gebe, obwohl es hier 29.000 Einwohner gäbe. Durch mangelnde Verkehrsmittel zum nächstgelegenen Arbeitsamt oder zu einer Arbeitsstelle werde die Situation der Einwohner erheblich erschwert. Neben der beruflichen Perspektivlosigkeit seien auch die Versprechungen zu Renovierungen und anderen Baumaßnahmen noch nicht eingelöst, sodass auch in diesem Bereich Unmut herrsche. Durch das Unvermögen der Politik und der Behörden, alle Mitglieder der französischen Gesellschaft zu erreichen, hätten diese ihre eigene Lösung gefunden, die Abschottung heiße. Abschotten würden sich hierbei nicht nur die Banlieuebewohner von den *Anderen*, sondern auch die *Anderen* von den Banlieuebewohnern. Dies sei der einfachste Weg, statt den Ungerechtigkeiten und der damit verbundenen unzureichenden Integration auf den Grund zu gehen[74].

Zu dieser Einschätzung kommt auch der Verfasser des Artikels „Aulnay est une reproduction miniature des ségrégations qui traversent la France“[75], in dem die Ergebnisse einer Umfrage, die mit Banlieuebewohnern durchgeführt wurde, zusammenfasst werden, Die Befragten wollen alle anonym bleiben – aus Angst vor Nachbarn, Freunden und der Verfolgung durch die Polizei. Ein Jugendlicher sagt: „T’es nés aux 3000, tu meurs aux 3000“, was bedeuten soll, dass es keine Möglichkeiten gebe, aus dem Banlieue herauszukommen. Ein weiterer Jugendlicher berichtet, dass er sein Abitur im Bereich der Elektrotechnik sehr gut abgeschlossen

[72] Ebd., S. 5.
[73] „In Frankreichs Ghettos der Armen herrscht weiter Hoffnungslosigkeit“, Saarbrücker Zeitung, 16.10.2006, S. A3.
[74] Ebd., S. A3.
[75] „Aulnay est une reproduction miniature des ségrégations qui traversent la France“, Le Monde, 26.10.2006, S. 2.

habe und in diesem Bereich studieren wollte, allerdings wolle ihm niemand eine Wohnung vermieten. Er finde weder einen Job noch einen Ausbildungsplatz, und den Weg von der Wohnung seiner Familie bis zur nächsten Uni könne er nicht schaffen, da es an Transportmitteln fehle. Er habe Gelegenheitsjobs und frage sich, warum er sich im Abitur überhaupt angestrengt habe, wenn ihm das nichts nütze.

Auch die Polizeistation, die in Aulnay während der Unruhen verbrannte, wurde nicht wieder aufgebaut. Kommerz und Läden seien in Aulnay überwiegend im Süden anzufinden, das Stadtbild dort unterscheide sich erheblich vom grauen Norden, der von armen Maghrebinern bewohnt wird. Die Koexistenz sei laut Bürgermeister nur beim Einkaufen im Carrefour spürbar, wenn der arme Norden und der reiche Süden aufeinander träfen, sonst lebe jeder in seinem Teil der Stadt und halte sich von den Anderen fern, im Süden aufgrund von Angst vor Aggressionen, im Norden aufgrund der Wut auf die *laisser-aller-Politik* und der Angst vor Verfolgungen beispielsweise durch die Polizei.

In Le Monde werden auch gute Nachrichten mitgeteilt: 2006 habe Renault 260 Mitarbeiter aus den Vororten eingestellt. Zudem habe sich eine neue Initiative ergeben, die diejenigen Jugendlichen, die sich bewerben wollen und zu Vorstellungsgesprächen eingeladen werden, unterstütze, um sie auf die Bewerbung bestmöglich vorzubereiten. Eine weitere Initiative stelle Jugendliche zur Renovierung von Gebäuden in den Vororten ein, in die Geschäfte einziehen sollen, um die kommerzielle Struktur in den Vororten zu verbessern[76].

Der Premierminister Villepin habe zudem angekündigt, die Bildung stärker zu unterstützen. Dafür würden Schulen ausgewählt, die in die *zones d'éducation prioritaire* fallen. Betroffen seien 249 collèges, 1.600 écoles primaires, 1.000 Lehrer und rund 3.000 Assistenten, die Lehrer bei ihrer Arbeit mit schwierigen Schülern unterstützten. Dabei sollte nicht länger nur Frontalunterricht als didaktische Methode eingesetzt werden, sondern auch Gruppenarbeiten und Unterricht, der von mindestens zwei Lehrern durchgeführt würde.

Der Unterricht könne auf Wunsch der Lehrer überwacht werden, falls sie Angst vor Gewalt haben oder aber auch auf Wunsch von Schülern, falls sie das Gefühl haben, diskriminiert zu werden. Des Weiteren sollten Schulen in solchen Zonen täglich bis 19 Uhr geöffnet haben, damit Schüler den Tag dort verbringen und kostenlose Angebote wahrnehmen könnten[77].

---

[76] „Des employeurs recrutent en bas de tours", Le Monde, 26.10.2006, S. 3.
[77] „Bataille pour la réforme des ZEP", Le Monde, 26.10.2006, S. 4.

Ebenso sei ein Programm auf den Weg gebracht worden, dass es Jugendlichen erlaubt, bereits mit 14 Jahren eine Ausbildung zu beginnen. Diese nennt sich „apprentissage junior/préapprentissage“ und dauere ein Jahr. Nach diesem Jahr könnten die Jugendlichen entscheiden, ob sie die Ausbildung fortführen wollten oder ob sie wieder zur Schule gehen möchten, dort würde ihnen das Ausbildungsjahr angerechnet. Zunächst sei das Programm gut angenommen worden, 2006 nahmen 20.000 Jugendliche an der Maßnahme teil. Im zweiten Halbjahr seien es schon 5.000 Jugendliche weniger gewesen, da sich die Maßnahme aufgrund fehlender Lehrer und begrenzten Klassengrößen selbst einschränke[78].

Dass sich auch zwischen der Polizei und den Banlieuebewohnern nicht viel getan hat, ließe sich an der Aussage eines Polizisten erkennen, der über die Sicherheit in den Vororten redet und deren Bewohner mit „ils“ betiteln würde[79]. Diese *Wir-gegen-die-Anderen-Programmatik* zeige, dass die getroffenen Maßnahmen kaum ausreichen würden, um Integration zu fördern.

Dies würde auch durch eine Politik verursacht, die Bürgermeister und Vereine nicht nur finanziell allein ließe. Die Politik würde sich zwar um Sanktionen kümmern, die auch zur Regelung der Situation dazugehören würden, aber sie würden nichts tun, um Anreize zur Verbesserung des Alltags in den Banlieuses zu schaffen, die auch langfristig wirkten, kritisiert ein Bürgermeister eines Vororts[80].

In den Vororten von Paris sei ein Referendum zum mehrheitlich fehlenden Wahlrecht der Bewohner verfasst worden. Damit solle darauf aufmerksam gemacht werden, dass der Grundsatz *égalité* im Wahlrecht nicht vorhanden ist. Die Banlieuebewohner lebten oftmals seit vielen Jahren in Frankreich, hätten aber kein offizielles Mitentscheidungsrecht. Diese Tatsache, die bereits seit Jahren diskutiert würde, möchte Sarkozy nun als Thema mit in den Wahlkampf nehmen[81]. Rückblickend ist klar, dass sich die Forderung nach einem Wahlrecht für Migranten nicht durchgesetzt hat und sie weiterhin nicht wählen dürfen. Mit populistischen Phrasen wie der *Kärcher-Rede* hat Sarkozy den Wahlkampf für sich entscheiden können.

Sarkozy betitelt den Jahrestag der Unruhen als „Pseudojahrestag“, wie Die Welt berichtet[82]. Die Medien würden Fakten aufbauschen und Menschen Gehör verschaffen, die nichts Neues zu sagen hätten. Außerdem sei es ausgeschlossen, dass sich solche Unruhen noch einmal wiederholen könnten. Die Tatsache, dass mit

---

[78] „Début difficile pour l’apprentissage à 14 ans“, Le Monde, 26.10.2006, S. 4.
[79] „Des CRS de proximité“, Le Monde, 26.10.2006, S. 5.
[80] „Maires et associations dans un désert politique“, Le Monde, 26.10.2006, S. 7.
[81] „Droit de vote: une hypothèse de nouveau prise au sérieux“, Le Monde, 26.10.2006, S. 7.
[82] „Frankreich fürchtet sich vor den ‚kleinen Faschisten‘“, Die Welt, 26.10.2006, S. 7.

dem Näherrücken des Jahrestages immer mehr Krawalle und Anschläge auf Polizisten verzeichnet werden, ignoriert der Innenminister. Die Geschichte zeigt jedoch, dass 2007 erneut ähnliche Unruhen wie 2005 aufkamen. Der französische Geheimdienst warnte vor Anschlägen rund um den Jahrestag, Sarkozy bleibt bei seiner Meinung, dass die „kleinen Faschisten […] alles zerstören und sich freuen, nicht belangt zu werden, weil sie in Banden untertauchen“, wie der Autor Pascal Bruckner es zusammenfasst. Sarkozy, der in den Medien als „premier flic“ bezeichnet wird, sieht die Banden als Rechtfertigung dafür, „lang aufgegebene, rechtsfreie Räume zurückzugewinnen und eine Null-Toleranz-Politik“ umzusetzen. Die 2002 von Sarkozy abgeschaffte Nachbarschaftspolizei wird von der Opposition zurückgefordert, ebenso möchte Sarkozy härtere Bestrafungen für begangene Straftaten auf Polizei und Feuerwehr gesetzlich festlegen und das Strafbarkeitsalter auf 15 Jahre herabsetzen[83].

In Clichy-sous-Bois, das genau zwischen dem Pariser Zentrum und dem Flughafen gelegen ist, herrsche trotzt der gute Lage weiterhin hohe Arbeitslosigkeit, dies sei ein Zeichen für mangelnde Integration in den Vororten[84].

Die am 8.11.2006 in Les Echos erschienene Abbildung „Le taux de chômage selon la résidence“ zeigt deutlich, dass die Herkunft diskriminierend sein kann und sich negativ auf die Integration auf dem Arbeitsmarkt auswirkt[85].

[83] Ebd., S. 7.
[84] „Clichy-sous-Bois attend toujours de vrais changements“, La Croix, 26.10.2006, S. 18-19.
[85] „Le taux de chômage selon la résidence“, Les Echos, 8.11.2006, S. 3.

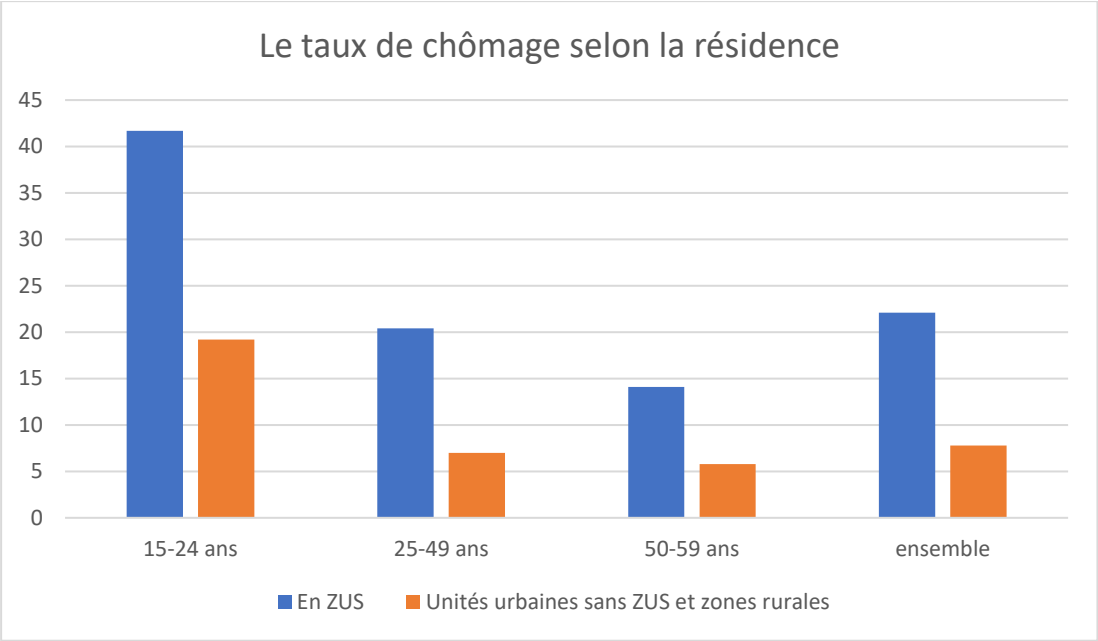


Abb. 11: Die Arbeitslosenzahl in Frankreich nach Wohnort und Alter[86]

Zu sehen ist die Arbeitslosenquote von 15-24-Jährigen, 25-49-Jährigen und 50-59-Jährigen, die äußeren rechten Balken bilden den Durchschnitt aus allen Werten ab. Der jeweils linke, blaue Balken (EN ZUS) zeigt die Arbeitslosenquote in den sensiblen Zonen an, in denen viele Sozialbauten zu finden sind und der Ausländeranteil höher als im restlichen Land ist. Der rechte, orangefarbene Balken (Unités urbaines sans ZUS et zones rurales) zeigt Vororte, die nicht zu priorisierten Zonen benannt wurden und keine Sozialbauten aufweisen.

Die Arbeitslosenquote in ZUS-Gebieten ist deutlich höher, als in Vororten mit geringerem Migrantenanteil und fehlenden Sozialbauten. Das zeigt, dass das Wohnumfeld über die berufliche Zukunft mitentscheidet, ohne dass es von den Betroffenen beeinflussbar wäre.

[86] Ebd., S. 3.

Lösungsansätze

Die Unruhen von 2005 haben Experten vorhergesehen, jedoch war es trotzdem eine Überraschung, dass der Tod der Jugendlichen in Clichy-sous-Bois landesweite Krawalle und Solidarität unter Banlieuebewohnern in diesem Ausmaß hervorrief, niemand hat mit diesen Dimensionen gerechnet. Die anschließende mediale Berichterstattung, die in Teilen im vorangegangenen Text untersucht wurde, zeigt sehr gut die Überraschung und das unbeholfene Handeln der Politik und anderer gesellschaftlicher Kräfte. Lange Zeit hat Frankreich durch Anwerbeabkommen Ausländern die Tür zur Republik geöffnet, aber nie aktiv Integrationsarbeit betrieben. Nach den Unruhen musste sich das Land einer misslungenen, kaum existierenden Integrationspolitik stellen, die nicht allein durch die Sprache, den Pass und verschärfte Einwanderungsgesetze ersetzt werden konnte.

Vor allem die ausländischen Zeitungen sind es, die Kritik an Frankreichs Vorgehen haben, die die diskriminierende Haltung in französischen Medien gegenüber Vorstadtbewohnern kritisieren und für halbherzige Ansätze kein Verständnis haben.

Auch die Uneinigkeit von Politikern wirkt sich negativ auf die Suche nach Lösungen des Dilemmas aus, und mit Blick auf die damals anstehenden Wahlen, wurde viel verdrängt und verschwiegen.

Lösungsansätze kamen vor allem aus den Reihen der Bevölkerung, auch Hilfe wurde öfter von gemeinnützigen Organisationen, Vereinen und Privatleuten angeboten und umgesetzt als vom Staat, der sich den täglichen Auseinandersetzungen entzog, auch, um den Wahlkampf nicht zu gefährden. Die Unruhen waren hierbei nur ein Randthema, zu groß schien das Tabu zu sein, mit dem die Ausschreitungen in den Vororten und die damit verbundene Infragestellung der Integrationswege belegt waren.

Lösungsvorschläge waren unter anderem der Ausbau des Nahverkehrsnetzes mit mehr Transportmitteln. Die Banlieuebewohner sollten nicht vom Zugang in die Stadt ausgeschlossen werden und nicht auf ein Auto angewiesen sein müssen, mit dem sie frühmorgens und spätabends, wenn noch keine oder keine Busse mehr fahren, zur Arbeit und wieder nach Hause kommen könnten. In diesem Zusammenhang fordern Anwohner auch eine schnellere Verbindung nach Paris ins Zentrum.

Ein weiterer Schritt ist die Schaffung von Arbeitsplätzen und Arbeitgeber, die sich nicht diskriminierend und/oder rassistisch verhalten. Hierzu wurden von der Politik

zahlreiche gesetzliche Vorgaben verabschiedet, die unter anderem den anonymisierten Lebenslauf zur Folge hatten, aber auch die Herabsetzung des Ausbildungsalters.

Der Jahrestag der Unruhen wurde von Sarkozy als *Pseudojahrestag* bezeichnet, den er nicht begehen wollte. Tatsächlich blieb er bei den Veranstaltungen, die ein Jahr nach den Ausschreitungen stattfanden, den Orten fern, in denen eigentlich ein Dialog zwischen Politikern und Anwohnern aufgebaut werden müsste. Dies wäre die Grundlage dafür gewesen, gegenseitiges Verständnis zu schaffen und gemeinsam nach Lösungen zu suchen.

Die Ausrufung des Notstandes, der zuletzt im Algerienkrieg verkündet wurde und die hohe Polizeipräsenz sowie eine Null-Toleranz-Politik des damaligen Innenministers Sarkozy erinnern zusätzlich an die gemeinsame Kriegserinnerung.

Die Beziehungen zur ehemaligen Kolonie Algerien sind nach wie vor problematisch. Neben Visums- und Migrationsfragen sind Terrorbekämpfung, wirtschaftliche Kooperation und Flüchtlingsbewegungen zentrale Themen, die das Verhältnis zu Algerien erschweren, aber auch das Verhältnis zu algerischen Migranten, die in Frankreich leben, belasten.

Die Aufarbeitung des Algerienkriegs war zunächst von einer Politik des Schweigens geprägt, dann entstand eine Diskussion über Schuld, Verantwortung und Stolz, um individuelle Erfahrungen, aber auch nationale Identität, republikanischen Universalismus und partikulare Gruppenzugehörigkeiten.

Nach Beendigung des Krieges emigrierten viele Algerienfranzosen nach Frankreich, nahmen mehrheitlich Jobs als Arbeiter an, mit denen sie keine hohen Mieten in den Großstädten zahlen konnten und stattdessen in schnell gebaute Hochhäuser – die HLM – einzogen, die aufgrund der Wohnungsnot der neu ankommenden Migranten gebaut wurden[87].

Die Probleme der Nachkriegszeit lassen sich auch auf das Integrationsproblem und die Unruhen aus dem Jahr 2005 übertragen. Die Debatten um eine erfolgreichere Integration von Migranten in Frankreich sind geprägt von Schweigen, Schuldzuweisungen und der mangelnden Verantwortungsübernahme von Politik.

[87] http://www.bpb.de/apuz/232425/algerien-und-frankreich-vom-kolonial-zum-erinnerungskrieg?p=all, Zugriff am 15.10.18.

Der Algerienkrieg, der 1962 offiziell beendet wurde, ist im kollektiven Gedächtnis Frankreichs fest verankert. Eine Studie hat sich mit dem Bild von Maghrebinern – insbesondere von Algerien – in der französischen Gesellschaft beschäftigt[88].

Um herauszufinden, wie sich die algerisch-französischen Beziehungen 50 Jahre nach Abschluss der Verträge von Évian gestalten, wurde gefragt, ob die Unabhängigkeit Algeriens gut oder schlecht für Frankreich und für Algerien wäre.

	Plutôt une bonne chose (%)		Plutôt une mauvaise chose (%)		(Nsp) (%)	
	Mai 1972	**Mars 2012**	*Mai 1972*	**Mars 2012**	*Mai 1972*	**Mars 2012**
• Pour la France	*38*	**57**	*32*	**15**	*30*	**28**
• Pour l'Algérie	*38*	**49**	*30*	**25**	*32*	**26**

Abb. 12: Ist die Abhängigkeit eine gute oder schlechte Sache?[89]

Die Umfrage wurde im Mai 1972 und im März 2012 durchgeführt, in Abb. 12 ist zu erkennen, dass ein Großteil der Befragten die Unabhängigkeit Algeriens als gut – mit steigender Tendenz – bewertet, die Zahl derer, die die Unabhängigkeit für keine gute Sache halten, sind dementsprechend zurückgegangen.

Es lässt sich also festhalten, dass zwar die Unabhängigkeit Algeriens von der französischen Bevölkerung gewünscht war und bis heute gewünscht ist, allerdings sind die Konsequenzen, die die Unabhängigkeit und anschließende Kooperation beider Nationen mit sich bringt, nicht erwünscht.

2015 und nach den Terroranschlägen 2017 wurden repräsentative Umfragen zur Meinung der französischen Bevölkerung über Banlieues durchgeführt[90]. Mithilfe eines Onlineformulars wurden 1.000 Franzosen ab 18 Jahren dazu befragt, wie sie die Banlieues wahrnehmen. Die erste Frage, die gestellt wurde, war, ob die Vorstädte im eigenen Empfinden gewalttätiger erscheinen, als der Rest Frankreichs. Dies wurde 2015 von 75 % und 2017 sogar 82 % der Befragten bejaht. Im Jahr 2015 verneinten dies nur 25 %, im Jahr2017 waren es 18 %. Vor allem ältere Menschen und Frauen fühlen sich unwohl, wenn sie an die Banlieues denken. Weder Gehalt und politische Überzeugung, noch Arbeitsstelle oder Schulausbildung waren für diese Antwort ausschlaggebend. Nach Herkunft wurde auch in dieser Umfrage nicht gefragt.

---

[88] http://www.atlantico.fr/decryptage/seuls-26-francais-ont-bonne-image-algerie-contre-71-maroc-et-53-tunisie-ifop-jerome-fourquet-579187.html, Zugriff am 15.10.2018.
[89] Ebd.
[90] https://www.ifop.com/publication/les-francais-et-la-situation-dans-les-banlieues-2/, Zugriff am 2.01.2019.

Die zweite Frage bezieht sich auf Faktoren, die die Banlieues gefährlicher wirken lassen, als andere Orte. Dabei durfte jeder Proband zwei Dinge nennen.

Nach den Krawallen in Clichy-sous-Bois wurde diese Frage erstmalig gestellt, nach jeder erneuten Unruhe wurde die Frage von den Probanden wieder beantwortet. 2006 waren die Ursachen, die genannt wurden, Abwesenheit der Eltern (44 %), Jugendarbeitslosigkeit (33 %), organisierte Bandenkriminalität und Drogenhandel (29 %), der hohe Migrantenanteil (23 %), Versagen des Schulsystems (14 %), täglich erlebte Diskriminierungen und Spannungen zwischen Polizei und Anwohnern (11 %), fehlende Gelder und zu wenig Sozialarbeiter (10 %) und die Gebäude sowie die Infrastruktur der betroffenen Gebäude (7 %). Auch bei diesen Antworten lassen sich keine bedeutenden Unterschiede unter den Probanden feststellen[91].

Anschließend wurden zwei Aussagen beschrieben, bei denen die Befragten entweder zustimmen oder den Satz ablehnen sollten. Der erste Satz lautet „In den Banlieues wohnen Menschen mit vielerlei Kompetenzen und Talenten, an denen der Staat kein Recht hat, sie zu isolieren.“ Diesem Satz stimmten 72 % zu. Der zweite Satz „Die Banlieues sind verlorene Orte der Republik“, stimmten 57 % zu. Auffällig ist hierbei, dass der erste Satz eher Zustimmung von Wählern linker Parteien bekam (91 %), während der zweite Satz gleichermaßen von Republikanern und FN-Wählern unterstützt wurde (83 %)[92].

Diese repräsentative Studie kann stellvertretend für das größte Problem bezogen auf die Banlieues in Frankreich gesehen werden. Die Gesellschaft hat Vorurteile, die teilweise von den Medien, teilweise von der Politik unterstützt werden und dazu führen, dass Probleme, wie die Massenarbeitslosigkeit nur schwer behoben werden können, wodurch sich die Situation weiter verschlechtert. Dieser Teufelskreis ist nur zu durchbrechen, wenn das Bild über die Vororte und seine Bewohner in den Köpfen der Menschen zum Positiven gewendet wird, dies kann nur geschehen, wenn rassistische und diskriminierende Handlungen stärker bestraft werden.

Wie der genannten Studie entnommen werden kann, haben sich die Bilder in den Jahren seit den Unruhen nicht verbessert, sondern vor dem Hintergrund von Terroranschlägen, Islamdebatten und Schuldzuweisungen eher noch verschlechtert.

---

[91] https://www.ifop.com/publication/les-francais-et-la-situation-dans-les-banlieues-2/, Zugriff am 2.01.2019.
[92] https://www.ifop.com/publication/les-francais-et-la-situation-dans-les-banlieues-2/, Zugriff am 2.01.2019.

Dafür spricht auch eine repräsentative Umfrage von France Soir, die herausgefunden hat, dass die Mehrheit der Franzosen ein gutes Bild von Jugendlichen hat (75 %), aber ein negatives Bild von jugendlichen Banlieuebewohnern (57 %).

Ihre Meinung begründeten die Probanden mit den Handlungen der Jugendlichen innerhalb und für die Gesellschaft. Sie stimmen aber auch zu (80 %), dass die Politik dafür zuständig ist, soziale Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten abzubauen[93].

Vor allem Maghrebiner – insbesondere Algerier – sind diesen Ungerechtigkeiten ausgesetzt. Sie haben einen Sonderstatus inne, der während der Kolonialzeit entstanden ist. Alle Algerier, die vor der Unabhängigkeit geboren wurden, bekamen seit 1973 obligatorisch die französische Staatsbürgerschaft (Artikel 23), 1992 wurden Wartezonen an Flughäfen und Häfen eröffnet, wenn keine Papiere vorhanden waren und 1993 wurde Artikel 23 erweitert, dass 16-bis 21-Jährige nur die französische Staatsbürgerschaft beantragen dürfen, wenn sie sich in Frankreich aufhalten und dort wohnhaft sind[94]. Seit 2007 wurde sogar ein DNA-Test bei Familiennachzug verlangt.

Für alle Migranten gilt zudem, ausreichende Sprachkompetenzen und Wissen über die Werte der Republik nachweisen zu können, um sich langfristig in Frankreich aufhalten zu dürfen[95].

Nach zahlreichen Anwerbeabkommen in Folge des Zweiten Weltkriegs wurden diese Einschränkungen festgelegt, sie führten zu einem hohen Familiennachzug, die der französische Staat bis heute einzudämmen versucht[96].,

Seit den zwanziger Jahren bildeten sich Ghettos in den Vororten der französischen Großstädte, hier wurden die Arbeitsmigranten in der Nähe der Industrien kostengünstig angesiedelt, an Orten, in denen *autochthone Franzosen* nicht leben wollten. So entstanden Siedlungen mit hohem Migrantenanteil mit ähnlichen Ethnien, bei denen es versäumt wurde, sie in das politische und soziale Leben Frankreichs zu integrieren[97]. Schon hier hätten Migranten und Einheimische an gleichen Orten angesiedelt werden müssen und schon hier waren Maghrebiner in Teilen der Gesellschaft unbeliebt. Statt der Förderung einer Koexistenz hätte eine gelenkte Zusammenführung von Migranten und Einheimischen gefördert werden müssen. Bereits in den Zwanzigerjahren hatten Maghrebiner Probleme, eine Arbeit zu finden,

---

[93] http://archive.francesoir.fr/actualite/societe/sondage-les-jeunes-de-banlieue-sont-mal-vus-203137.html, Zugriff 3.01.19.
[94] Schain, Martin (2008): The politics of immigration in France, Britain and the United States. A Comparative Study. Palgrave Macmillan US: New York; S. 41-42.
[95] Ebd., S. 42.
[96] Ebd., S. 43-44.
[97] Ebd., S. 46.

sie wurden kaum eingestellt. Das Problem – die Arbeitslosigkeit –, das unter anderem zu den Unruhen von 2005 führte, ist also bereits seit über 60 Jahren bekannt.

Die Ursachen für das schlechte Bild, dass von den Maghrebinern existiert, begründet Schein mit den Sorgen der Gesellschaft über Parallelgesellschaften, hohe Kosten für Immigration, schlechte wirtschaftliche Verhältnisse durch Mehrkosten und Angst vor schlechterem Lebensstandard durch erhöhte Einwanderung. Frankreich versucht außerdem, zusätzlich europäische und türkische Einwanderer anzuwerben, um ein ausgewogeneres Verhältnis zwischen den Ausländeranteilen in Frankreich zu schaffen. Dies zeigt nicht nur deutlich die Präferenzen der Politik, sondern auch von Arbeitgebern und der Gesellschaft. Gleichzeitig wird versucht, die Zuwanderung aus Algerien, Marokko und Tunesien erheblich einzuschränken[98].

Einfluss auf das Gelingen von Integration haben somit die Herkunft, aber auch das Alter und die Religion[99].

Frankreichs Integrationsverständnis bezeichnet Schein als „Melting pots“, also eine Anpassung in *eine* Richtung, nämlich die der Ausländer an bestehende Werte und Auffassungen der Franzosen. Ethnien und Multikulturalität werden dabei nicht unterstützt und sind auch nicht gewollt. Aus diesem Grund finden sich auch in offiziellen Umfragen keine Unterscheidungen über Ethnie oder Rasse, obwohl es diesbezüglich offensichtliche Minderheiten in Frankreich gibt[100].

Aus diesem Grund ist es wichtig, dass Frankreich sein Konzept der Integration selbstkritisch hinterfragt und neue Wege findet, Koexistenzen zu verhindern und Menschen so zu integrieren, dass sie ihre Herkunft nicht verleugnen müssen und trotzdem als *französisch* angesehen werden. Angesichts der Unruhen bekommt nicht nur der Front National seit Jahren immer mehr Zuspruch, sondern auch die Republikaner. Im Wahlkampf 2005 – Sarkozy war Innenminister –, wurden die Wahlslogans zunehmend populistischer, um der breiten Masse zu gefallen[101].

Diese Art der Diskriminierung wurde außerdem vom *Institut national d'études démographiques* näher untersucht[102] .

---

[98] Ebd., S. 47.
[99] Ebd., S. 72.
[100] Ebd., S. 78; 86-87.
[101] Ebd., S. 37; 52.
[102] Simon, Patrick; Safi, Mirna, Brinbaum, Yael (2012): Les discriminations en France: entre perception et expérience. Document de travail 183, INED: Paris.

	Immigrés arrivés adultes	Immigrés arrivés enfants	Descendants de deux parents immigrés	Descendants d'un parent immigré	Population majoritaire	Ensemble
Discrimination auto-reportée	26	27	31	17	10	13
Discrimination situationnelle	35	40	43	31	25	28
Nombre de situations rencontrées						
0	65	60	57	69	75	73
1	16	17	18	17	15	15
2	9	8	9	6	6	6
3 et +	10	15	16	8	4	6
Total	100	100	100	100	100	100
Nombre moyen de situations	11,9	14,8	14,7	15,0	15,3	15,1

Source : Enquête *Trajectoires et Origines*, INED-INSEE, 2008
Champ : personnes âgées de 18 à 50 ans

Abb. 13: Diskriminierungsindikatoren in unterschiedlichen Bereichen des sozialen Lebens aufgrund der familiären Migrationsgeschichte[103]

In Abb. 13 werden die Indikatoren, die für Diskriminierungen in unterschiedlichen Teilen des sozialen Lebens sprechen, gezeigt. Hierbei wird zwischen Formen der Diskriminierung unterschieden: solche, die von Menschen berichtet wurden, situationsabhängige Diskriminierungen, erlebte Situationen, in denen Diskriminierungen stattfanden und die Durchschnittszahl erlebter Situationen. Unterschieden wird zudem zwischen Migranten, die im Erwachsenenalter nach Frankreich einwanderten, die als Kinder einwanderten, Nachfahren von zwei migrierten Elternteilen sind, von einem migrierten Elternteil und der mehrheitlichen Bevölkerung. Dabei fällt auf, dass vor allem Kinder migrierter Eltern über Diskriminierung klagen. Große Teile der Bevölkerung sehen sich selber als nicht diskriminiert, es wurde aber herausgefunden, dass auch sie teilweise Diskriminierungen ausgesetzt sind, wenngleich Menschen mit Migrationshintergrund öfter Opfer von Rassismus wurden.

[103] Ebd., S. 5.

	Expérience auto-reportée		Discrimination situationnelle	
	migrants	descendants	migrants	descendants
DOM	31	39	40	47
Algérie	30	39	43	51
Maroc et Tunisie	32	37	43	50
Afrique Subsaharienne	47	49	53	57
Asie du Sud-Est	18	24	24	28
Turquie	23	33	39	54
Portugal	8	13	17	31
Espagne et Italie	11	11	25	25
UE27	19	9	24	21
Autres pays	24	24	36	35

Source : Enquête *Trajectoires et Origines*, INED-INSEE, 2008
Champ : personnes âgées de 18 à 50 ans

Abb. 14: Diskriminierungsindikatioren nach Herkunft und Generation[104]

Die Diskriminierungserfahrungen wurden anschließend nach der Herkunft und nach der Generation näher untersucht. In Abb. 14 werden die größten Migrantengruppen genannt und danach unterschieden, ob es sich um einen Migrant handelt oder schon um die zweite Generation.

Menschen aus Départements d‘outre mer (DOM), aus den Maghrebstaaten und Zentralafrika fühlen sich demnach am häufigsten diskriminiert, wobei die Nennungen bei den Nachkommen von Einwanderern höher sind, als bei den Migranten selber. Das bedeutet, dass die Jugendlichen, die in Frankreich aufgewachsen sind und von dieser Gesellschaft ausgeschlossen werden, auch keinen Bezug mehr zu der Gesellschaft im Herkunftsland ihrer Eltern haben. Dementsprechend fühlen sie sich keiner Gesellschaft wirklich zugehörig und die Integration nicht nur von ihrer Seite, sondern auch von Seiten der Politik erschwert. Es bedarf einer Aufhebung der Diskriminierungen, die Jugendliche der zweiten und dritten Generation separieren.

[104] Ebd., S. 6.

	Expérience auto-reportée	Discrimination situationnelle
Sexe		
Hommes	13	28
Femmes	14	27
Age (a)		
17-25 ans	17	39
26-35 ans	16	32
36-45 ans	11	21
46-50 ans	11	19
51-60 ans	7	16
Etat de santé		
Oui	19	37
Non	12	25
ZUS		
Oui	22	37
Non	12	24
Religion		
Sans	12	29
Catholiques	10	22
Protestants	12	21
Juifs	22	20
Musulmans	35	47
Bouddhistes	17	17
Total	13	28

Source : Enquête *Trajectoires et Origines*, INED-INSEE, 2008
Champ : personnes âgées de 18 à 50 ans
(a) Pour les groupes d'âge, le champ couvert est celui de la population âgée de 18 à 60 ans.

Abb. 15: Diskriminierungsindikatoren nach Diversitätsaspekten und unterschiedlichen Diskriminierungserfahrungen[105]

Weiterhin wurden Geschlecht und Alter der Befragten und ihr Gesundheitsstatus ermittelt und gefragt, ob sie in einer ZUS-Zone leben und welcher Religion sie angehören. In Abb. 15 wird deutlich, dass Männer und Frauen sowohl von erlebten Geschehnissen berichten, als auch von situationstypischen Diskriminierungen. Vor allem Jugendliche unter 25 haben unter rassistischen und diskriminierenden Übergriffen zu leiden. Sie leben überwiegend in Banlieues und sind fast zur Hälfte muslimischen Glaubens.

	Immigrés arrivés adultes	Immigrés arrivés enfants	Descendants de parents immigrés	Descendants d'un couple mixte	Population majoritaire	France métropolitaine
Travail*	19	20	21	14	12	13
- chômage	30	27	33	24	20	23
- Emploi	7	7	6	5	5	5
Education	12	17	19	8	4	6
Services	20	20	23	16	13	14
Logement	10	9	8	5	4	5
Santé	4	3	4	2	2	2

Source : Enquête *Trajectoires et Origines*, INED-INSEE, 2008
Champ : personnes âgées de 18 à 50 ans
Note : **Travail* est un indicateur synthétique qui porte sur l'ensemble de la population (en emploi ou non) et qui agrège toutes les situations discriminatoires relevées dans la sphère professionnelle. L'indicateur suivant en est extrait et concerne uniquement les chômeurs interrogés sur leur recherche d'emploi, alors que le suivant porte exclusivement sur les personnes en emploi (quelle que soit leur statut) interrogées sur leur activité professionnelle.

Abb. 16: Situationsbedingte Diskriminierungen in % nach Migrationshintergrund[106]

In Abb. 16 ist zu sehen, wer arbeitet oder arbeitslos ist und die schulische Bildung, Dienstleistungen, Wohnraum und Gesundheit gezeigt. Vor allem im Pariser Umland

[105] Ebd. S. 7.
[106] Ebd., S. 9.

ist das größte Problem die hohe Arbeitslosigkeit, dies lässt sich Abb. 16 und zuvor zitierten Quellen entnehmen. Auch Dienstleistungen im Allgemeinen sind als Diskriminierungsaspekt aufgegriffen. Wie bereits beschrieben, ist es wichtig, dass die Vororte besser mit dem öffentlichen Nahverkehr in das Pariser Zentrum angebunden sind. Dementsprechend müssen mehr Busse eingesetzt werden und der Ausbau des Schienennetzes muss vorangetrieben werden, die Taktfrequenz der Verkehrsmittel muss erhöht werden und die Fahrpläne müssen früher beginnen und auch später enden, dies könnte dazu führen, dass sich wieder mehr Geschäfte ansiedeln. Das wurde mit Subventionen und vergünstigten Steuern für einen kurzen Zeitraum in Seine-Saint-Denis als Pilotprojekt versucht, jedoch nach den erneuten Unruhen im Jahr 2007 wieder eingefroren. Um die Wirtschaftlichkeit der Vororte langfristig zu verbessern, muss von der Politik ein längerer Zeitraum, eingeplant werden.

Das Modell des Schmelztiegels bedeutet die vollständige Anpassung an die republikanischen Werte, die Autorin Sophia Tiemann sieht darin allein aber kein Integrationskonzept und stellt die These auf, dass Frankreich ein solches Konzept nicht besäße.[107]

Das größte Problem seien die Jugendlichen, die die Grundsätze der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit nicht lebten, weil sie diese durch Diskriminierungen auch nicht erfahren würden. Die Synthese von Sprache, Kultur, Geschichte und Staat sei Grundlage von Integration, die durch die Einbürgerung und – daraus resultierend – Partizipation die höchste Stufe der Integration und somit ihr letztendliches Ziel darstelle[108].

Um das zu erreichen, seien die schulische Bildung und eine anschließende Ausbildung die Grundvoraussetzung für gelungene Integration. Dies könne nur gelingen, wenn das Schulsystem reformiert, die Herkunft seiner Schüler nicht durch Lehrinhalte verleugnet würde und einem Arbeitsmarkt, der nicht diskriminierend einstelle[109]. Auch würden immer weniger Menschen mit Migrationshintergrund hohe Positionen innehaben, ein Blick auf die politischen Ämter zeige Ähnliches[110].

Neben der sozusagen staatlich geförderten Segregation von Ausländern in den Vorstadtghettos gebe es mittlerweile auch Absonderungstendenzen der Migranten in religiös-kulturellen Bereichen, in der Lebensweise und der Wohnortwahl, um sich von

---

[107] Tiemann, Sophia (2004): Die Integration islamischer Migranten in Deutschland und Frankreich: Ein Situationsvergleich ausgewählter Bevölkerungsgruppen. Berlin: Wostok; S. 26.
[108] Ebd., S. 27.
[109] Ebd.; S. 45.
[110] Ebd., S. 53.

den *Anderen* abzugrenzen. So entstehen Subkulturen und eigene Regeln in den Ghettos der Vororte. Ein Ehrenkodex und eigene Überlebensstrategien seien das Produkt einer Politik, die sich ihrer eigens geschaffenen Probleme nicht annähmen. So seien das Bandenwesen und der Hass gegen Ordnungskräfte als Stellvertreter des Staates entstanden[111]. Um dieses Problem zu lösen, ist es wichtig, die Menschen in den Vororten mit dem Respekt zu behandeln, den jeder Mensch verdient, ihre Probleme und Sorgen ernst zu nehmen und ihnen das Gefühl zu nehmen, Staatsbürger zweiter Klasse zu sein.

Tiemann kritisiert zudem, dass Migranten im Schnitt 13 qm weniger Wohnraum zur Verfügung hätten, als *Native Franzosen*, aufgrund großer Familien in den Banlieues käme es zu Überbelegungen. Diese Wohnungsnot müsste behoben werden, um zunächst ein menschenwürdiges Leben zu gewährleisten, aber auch, um in einem zweiten Schritt ein Gefühl der Gleichberechtigung gegenüber Menschen ohne Migrationshintergrund zu schaffen[112].

Nicht öffentliche Statistiken der Polizei belegen, dass Algerier diejenige Bevölkerungsgruppe mit der höchsten Kriminalität sind (fehlende oder ungültige Papiere sind deren wesentlichen Vergehen) und deswegen am häufigsten in Gewahrsam genommen werden[113].

Die Nähe zum teuren Paris, das sich die Banlieuebewohner nicht leisten könnten und sie somit isoliere, verstärke die Frustration[114] der Jugendlichen. Dies zeige sich unter anderem in Hass und Misstrauen gegenüber der Polizei, einer antiinstitutionellen Haltung gegenüber Polizisten, Lehrern, Beamten und öffentlichen Gebäuden. Verstärkt würde diese Haltung durch ihre Abgrenzung von den Eltern, die ihr „Schicksal der Ausbeutung“ und sozialen Schlechterstellung kampflos akzeptiert hätten[115].

Die Selbst- und Fremdwahrnehmung sei ein weiterer Aspekt, der geändert werden müsste, denn unterschwellig spiele die Kolonialerfahrung eine Rolle, die zu einerseits zu Minderwertigkeits- und andererseits zu Überlegenheitsgefühlen führe. Daraus entstehe Ein- und Ausgrenzung und unterschiedliche Identitäten bildeten sich[116].

---

[111] Ebd., S. 64.
[112] Ebd., S. 68.
[113] Ebd., S. 75.
[114] Ebd., S. 76.
[115] Ebd., S. 76.
[116] Ebd., S. 111.

Mancherorts verlangten die Unternehmen mit Publikumsverkehr, dass Mitarbeiter aus den Banlieues ihren Namen während der Arbeitszeit zu ändern, damit er französischer klinge und die Kunden sich wohler fühlen. Dies verlange eine Herkunftsverleugnung, die es nicht geben sollte[117]. Hier müsste der Staat Anreize schaffen, ausländische Mitarbeiter einzustellen, um solchen Diskriminierungen entgegen zu wirken.

Ein weiterer Punkt sei die Religion vieler Migranten. Sie gehörten überwiegend dem Islam an, der in der Gesellschaft Abwertung und Ablehnung hervorrufe und mit fanatischen Islamisten gleichgesetzt sei. Terroranschläge begünstigen dieses Bild noch zusätzlich. Hierbei sei es wichtig, den Islam nicht positiv zu diskriminieren –wie es in der Vergangenheit geschehen sei – sondern ihn - vergleichbar mit anderen Religionen – gleichberechtigt zu behandelt[118].

Zusammengefasst bedeutet das, dass sich der Staat in folgenden gesellschaftlichen Bereichen hinsichtlich der Interkulturalität öffnen und seine politischen Konzepte ändern muss: Erziehung und Bildung, politische Bildung, soziale Arbeit, interkulturelle Kompetenz, berufliche Integration ausländischer Jugendlicher, interkulturelle Frauen- und Männerarbeit, Gemeinwesenarbeit und Antidiskriminierungsarbeit.

[117] Ebd., S. 114.
[118] Ebd., S. 114.

Fazit

Es lässt sich also festhalten, dass die Pariser Vorstadt-Unruhen im Jahr 2005 zunächst durch den Tod zweier Jugendlicher mit algerischem Migrationshintergrund ausgebrochen sind, deren Tod aber nicht primär die Ursache für die nachfolgenden Unruhen ist.

Vielmehr ist es seit den Zwanzigerjahren, in denen es durch erste Anwerbeabkommen zur Ansiedlung von Migranten rund um die Industrien in den Vororten der Großstädte kam, absehbar, dass die Lebensumstände der Anwohner früher oder später Frustrationen hervorrufen würden, die dann – in welcher Form auch immer – sichtbar würden.

Das Gefühl von Frustration aufgrund der relativen, greifbaren Nähe zum reichen Paris, verknüpft mit dem Bewusstsein, dort niemals Teil zu sein, ist vermutlich eine Ursache einer großen Desillusionierung der Banlieuebewohner. Weiterhin fühlen sie sich diskriminiert und rassistischem Verhalten der Ordnungskräfte ausgesetzt. Hinzu kommt das trostlose Leben in den Vororten, in denen nicht nur die Schulen mangelhaft ausgestattet sind und die Lehrer ständig wechseln, sondern auch die sozialen Wohnungsbauten, die von Vermieterseite oftmals überbelegt werden, für mehrere Monate bewiesenermaßen ohne Strom und Warmwasser auskommen und in denen unterschiedliche ethnische Gruppen auf engstem Raum zusammenleben. Die Massenarbeitslosigkeit, die vor allem bei Jugendlichen unter 25 Jahren herrscht – obwohl viele unter ihnen einen sehr guten Schulabschluss nachweisen können – verstärkt die Frustration und führt zu Langeweile, die sich darin zeigt, dass sich die Jugend auf der Straße trifft und nichts mit sich anzufangen weiß.

Es fehlt Geld, um am gesellschaftlich, kulturellen Leben teilzuhaben, kostenlose Angebote kultureller Institutionen oder Freizeiteinrichtungen sind nicht zu finden Dementsprechend ist die Kriminalitätsrate relativ hoch.

In Clichy-sous-Bois, einem Pariser Vorort, in dem die Unruhen 2005 begannen, gibt es keine Post, kein Arbeitsamt, geschweige denn ein Kino, Schwimmbad oder einen Spielplatz.

Unternehmen siedeln sich an solchen Orten nicht an, weil die Adresse in Frankreich ein entscheidender Faktor für den Erfolg ist. Andere Unternehmen – beispielsweise

der Flughafen nördlich von Clichy-sous-Bois – stellen zwar ausdrücklich auch Bewohner aus den Banlieues ein, allerdings mangelt es nach wie vor an ausreichenden Transportmöglichkeiten im öffentlichen Nahverkehr, mit denen die Menschen zu ihrem Arbeitsplatz gelangen könnten. Unternehmen wie Renault oder SNCF nutzten das mediale Aufsehen, das im Zuge der Unruhen entstand, um medienwirksam dafür zu werben, explizit Menschen mit Migrationshintergrund einzustellen, die in den Banlieues lebten. Allerdings ist die Arbeitslosenzahl noch heute immens hoch und die Quote eingestellter Banlieuebewohner in den genannten Firmen nach wie vor sehr gering.

Im medialen Diskurs Frankreichs wurden die Jugendlichen als kampfbereite, gewalttätige junge Menschen mit Migrationshintergrund skizziert, die jeglichen Respekt vor Ordnungskräften und dem französischen Staat verloren hätten. Die Banlieues seien rechtsfreie Räume und die Drogen- und Bandenkriminalität immens. Bis heute warnt das Auswärtige Amt in Deutschland vor dem Betreten solcher No-Go-Areas und auch in Frankreich meidet die Bevölkerung diese Orte und die dort lebenden Menschen.

Eine Teilverantwortung des Staates, der in der Integrationspolitik bewiesenermaßen versagt hat, wurde bis heute nicht durch Frankreichs Politiker eingestanden. Vielmehr hat Sarkozy die Hetze durch Aussagen wie *die Vorstädte mit dem Kärcher reinigen* oder *Gesindel* noch angeheizt.

Eine wichtige Rolle spielt auch die Aufarbeitung des Algerienkrieges und die Erinnerungskultur im Bewusstsein der französischen Gesellschaft. Während eine angesprochene Studie zeigt, dass die Mehrheit der Franzosen die Unabhängigkeit des Algerienkrieges für eine gute Sache hält und die Beendigung des Krieges ohne großes mediales Aufsehen vonstattenging, sind Algerier dennoch die Minderheit, die am schlechtesten in Frankreich angesehen wird.

Die Massenarbeitslosigkeit bestätigt für viele Franzosen, die nicht in den Vorstädten leben, das Bild eines *Sozialschmarotzers*, der sich nicht integrieren will, dabei bleiben die Diskriminierungen, die dazu geführt haben und von eben diesen Franzosen ständig reproduziert werden, unberücksichtigt.

Maghrebiner sind zudem in der Mehrzahl muslimischen Glaubens, eine Religion, die immer wieder mit islamistischen Fanatikern gleichgesetzt wird und in der französischen Bevölkerung Angst, Unwissen und Ablehnung hervorrufen.

Durch positive Diskriminierungen – also die Herausstellung des Islam im sonst laizistischen Frankreich – wird im überwiegend katholisch geprägten Frankreich weiterer Unmut geschürt. Durch die jüngsten Terroranschläge, vor denen auch Frankreich nicht gefeit ist, hat sich die Angst vor der unbekannten Religion weiter verstärkt.

In ganz Europa steigt die Zahl der populistischen Sympathisanten und Wähler in den letzten Jahren kontinuierlich, sichtbar wird diese Tatsache in Frankreich durch die steigende Wählerzahl des rechten Front National und Reden bzw. Wahlprogramme von Parteien wie den Republikanern, die die Thematik zur Gewinnung von Wählerstimmen nutzen. Im Wahlkampf 2006 unterscheidet sich die Rhetorik Sarkozys beispielsweise kaum von der Le Pens, und Wähler siedelten vom Front National zu den Republikanern über.

Die „Intégration à la française“[119] zielt darauf ab, dass sich Migranten vollständig an die Werte der Republik anpassen, die Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit heißen und aus dem Jahre 1789, dem Jahr der Französischen Revolution stammen. Dabei sollen Migranten den Status des *citoyenneté* erreichen, der die philosophisch-politische Idee eines angesehenen sozialen Status ist, den es als oberstes Ziel der Integration zu erreichen gilt. Citoyenneté ist das Selbstverständnis der französischen Nation, aber beinhaltet auch die nationale Souveränität, die Demokratie und die Republik.

Das Konzept schließt bewusst einige Gruppen aus, so sind Algerienfranzosen oder Muslime kein Teil dieses sozialen Status und haben auch keine Chance, diesen zu erreichen[120].

Wer Teil des Citoyenneté ist, gehört zur französischen Gesellschaft, wer kein Teil davon ist, wird ausgeschlossen[121].

Integration ist zudem einseitig, Migranten müssen ausreichend Wissen über das Land vorweisen und die Sprache beherrschen, um dauerhaft in Frankreich leben zu können. Außerdem müssen sie nach den Werten Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit leben, die allerdings nicht wechselseitig zu gelten scheinen.

---

[119] Wihtol de Wenden, Catherine (2006): Das Modell der citoyenneté und seine Grenzen im Prozess der Integration à la française. In: Migrations: une nouvelle donne. Paris: Maison des Sciences de l'Homme (Hrsg.); S. 105.
[120] Ebd., S. 107.
[121] Ebd., 109.

Ein Mensch mit Migrationshintergrund, der in Frankreich lebt, hat, wie eine vorangegangene Studie feststellen konnte, schon einmal Diskriminierungen und Isolierung erlebt. Sei es durch die Separation in den Banlieues von der restlichen Bevölkerung oder durch die hohe Arbeitslosenquote, die vor allem Jugendliche bis zum 25. Lebensjahr in den Banlieues betrifft.

Obwohl das Versagen der Integrationspolitik nie öffentlich thematisiert wurde und keine Verantwortungsübernahme seitens der Politik erfolgte, erlebte die Integrationsdebatte nach den Unruhen von 2005 ihren Höhepunkt.

Zahlreiche Vereine wurden neu gegründet, um die Situation der Banlieues, die seit ihrer Erbauung in den Zwanzigerjahren prekär ist, zu verbessern. Hierbei wurde über Renovierungen des heruntergekommenen – teils nicht funktionstüchtigen Wohnraums – diskutiert und Staatsgelder bewilligt, die letztendlich aber nicht ausreichen, um jahrelanges *Sich-selbst-Überlassensein* zu verbessern.

Ein weiterer Punkt ist der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, also ein Ausbau des Schienennetzes und eine Verbesserung des Buslinienverkehrs. So wären die Banlieuebewohner nicht auf ein Auto angewiesen und die externen Gegebenheiten würden es erlauben, eine Arbeit mit einem längeren Anfahrtsweg anzunehmen.

Im Bereich des Arbeitslebens wurden zahlrieche Projekte in die Wege geleitet, viele scheiterten an der Finanzierung, andere wurden nur selten angenommen und wieder andere wurden nach kurzer Zeit aufgegeben.

An Schulen wurden mehr Lehrer eingestellt, und es wurde versucht, Anreize zu bieten, die *Einseignants* langfristig an der Schule halten, allerdings brachte auch das nur mäßigen Erfolg im Bereich der Integration.

Völlig unberührt von den Bestrebungen, die misslungene Integration zu verändern, bleiben dabei die interkulturelle, soziale Arbeit, die interkulturelle Öffnung und die interkulturelle Kompetenz sowie die interkulturelle Frauen- und Männerarbeit, die interkulturelle Gemeinwesenarbeit und die Antidiskriminierungsarbeit.

Vielmehr wurden die Jugendlichen schnell von den Medien als die Schuldigen der Unruhen festgelegt. Ihr *Stillhalten* ist allerdings nicht einer politisch erfolgreichen Bekämpfungsstrategie zuzuschreiben – so hätte es Sarkozy gerne interpretiert –, sondern vielmehr als Resignation der Jugendlichen und der Angst vor noch schlimmeren Diskriminierungen und Verfolgungen zu sehen.

Die Jugendlichen, die auf ihre Situation aufmerksam machen wollten, aber dafür offensichtlich den falschen Weg wählten, mussten am Ende einsehen, dass ihnen die Unruhen mehr schadeten, als halfen.

Ein Frankreich, das aktiv zu der heutigen Situation der Banlieuebewohner beigetragen hat und noch immer beiträgt, bekämpft die jungen Menschen mit der vollen Härte des Gesetzes und verschiebt so nur ein Problem, das die Grande Nation irgendwann einholen wird.

Die Vergangenheit zeigt, dass der Weg des harten Durchgreifens zwar kurzfristig zur Beilegung der Unruhen beigetragen hat, aber langfristig zu größeren Problemen führte, wie sich unschwer an den Unruhen aus den Jahren 2007 und 2015 erkennen lässt. Sie erscheinen im Rückblick noch gewalttätiger und brutaler, als die aus dem Jahr 2005.

Vor diesem Hintergrund wäre eine interessante Forschungsfrage, wie Integration als Thema in den nach der Wahl 2007 folgenden Wahlkämpfen thematisiert und bearbeitet wurde. Ebenso wäre ein Vergleich der Unruhen aus dem Jahr 2005 mit aktuelleren Unruhen wichtig, um zu untersuchen, was sich für Minderheiten in Frankreich geändert hat und wie sich die Maßnahmen langfristig auf die Integration ausgewirkt haben.

Anhang

Quellen und Literaturverzeichnis

Sekundärliteratur

- Camus, Albert (1958): Actuelles III. Chroniques algériennes (1939-1958). Gallimard: Paris.
- Jurt, Joseph (2014): Sprache, Literatur und nationale Identität. Die Debatten über das Universelle und das Partikuläre in Frankreich und Deutschland. Berlin: De Gruyter.
- Koudissa, Jonas (2014): Ethik und Migration: Das afrikanische Flüchtlings- und Migrationsproblem. Eine Herausforderung für Europa und Afrika (Forum Sozialethik). Münster: Aschendorff.
- Koschorke, Albrecht (2014): Integration. In: Ezli, Özkan; Staupe, Gisela (Hrsg.): Das neue Deutschland. Von Migration und Vielfalt. Paderborn: Konstanz Univ. Press.
- Lutz, Helma; Wenning, Norbert (Hrsg.) (2001): Unterschiedlich verschieden. Differenz in der Erziehungswissenschaft. Opladen: Leske + Budrich.
- Pradervand, Pierre (1961): Die algerischen Einwanderer in Frankreich und das Problem des disharmonischen Kulturwandels. In: Deutscher Gewerkschaftsbund (Hrsg.): Gewerkschaftliche Monatshefte, Vol. 12.1961, Köln: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Riedel, Sabine (2009): Frankreich als Einwanderungsland. SWP Studie, Berlin.
- Schain, Martin (2008): The politics of immigration in France, Britain and the United States. A Comparative Study. Palgrave Macmillan US: New York.
- Simon, Patrick; Safi, Mirna, Brinbaum, Yael (2012): Les discriminations en France: entre perception et expérience. Document de travail 183, INED: Paris.
- Tiemann, Sophia (2004): Die Integration islamischer Migranten in Deutschland und Frankreich: Ein Situationsvergleich ausgewählter Bevölkerungsgruppen. Berlin: Wostok.
- Vogel, Friedemann (2009): „Aufstand“ – „Revolte“ – „Widerstand“. Bern: Peter Lang AG Internationaler Verlag der Wissenschaften.
- Wagner, Hartmut (2006): Bezugspunkte europäischer Identität. Territorium, Geschichte, Sprache, Werte, Symbole, Öffentlichkeit – Worauf kann sich das Wir-Gefühl der Europäer beziehen? Münster: Lit Verlag.

Internetquellen

- https://www.service-public.fr/particuliers/vosdroits/F2213, Zugriff am 4.01.2019.
- https://www.bpb.de/apuz/221573/diskriminierung-antidiskriminierung-begriffe-und-grundlagen?p=all, Zugriff am 4.01.2019.
- http://www.bpb.de/internationales/europa/frankreich/153272/sprache, Zugriff am 14.10.2018.
- http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/laenderprofile/246828/historische-entwicklung, Zugriff 14.10.2018.
- http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/laenderprofile/246828/historische-entwicklung, Zugriff 14.10.2018.
- http://focus-migration.hwwi.de/Frankreich.1231.0.html, Zugriff 14.10.2018.
- https://www.zeit.de/kultur/2017-05/kulturpolitik-frankreich-emmanuel-macron-liberalismus/seite-2, Zugriff am 14.10.2018.

- http://sanrankune.over-blog.com/article-l-identite-nationale-58313093.html, Zugriff am 20.10.2018.
- https://lewebpedagogique.com/philovideo/2009/11/22/identite-francaise/, Zugriff am 20.10.2018.
- https://www.duden.de/rechtschreibung/Laizismus, Zugriff am 20.10.2018.
- http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/laenderprofile/246838/umgang-mit-dem-islam, Zugriff am 14.10.2018.
- http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/laenderprofile/246838/umgang-mit-dem-islam, Zugriff am 14.10.2018.
- http://focus-migration.hwwi.de/Frankreich.1231.0.html, Zugriff 14.10.2018.
- http://focus-migration.hwwi.de/Frankreich.1231.0.html, Zugriff 14.10.2018.
- https://www.insee.fr/fr/statistiques/1283065, Zugriff 4.01.2019.
- http://www.atlantico.fr/decryptage/seuls-26-francais-ont-bonne-image-algerie-contre-71-maroc-et-53-tunisie-ifop-jerome-fourquet-579187.html Zugriff am 15.10.2018.
- http://www.atlantico.fr/decryptage/seuls-26-francais-ont-bonne-image-algerie-contre-71-maroc-et-53-tunisie-ifop-jerome-fourquet-579187.html, Zugriff am 15.10.2018.
- https://www.deutschlandfunk.de/frankreichs-banlieues-vor-zehn-jahren-eskalierte-die-gewalt.724.de.html?dram:article_id=335151, Zugriff am 7.01.2019.
- https://www.insee.fr/fr/information/2383177. Zugriff am 11.01.2019
- http://www.bpb.de/apuz/232425/algerien-und-frankreich-vom-kolonial-zum-erinnerungskrieg?p=all, Zugriff am 15.10.18.
- http://www.atlantico.fr/decryptage/seuls-26-francais-ont-bonne-image-algerie-contre-71-maroc-et-53-tunisie-ifop-jerome-fourquet-579187.html, Zugriff am 15.10.2018.
- https://www.ifop.com/publication/les-francais-et-la-situation-dans-les-banlieues-2/, Zugriff am 2.01.2019.
- https://www.ifop.com/publication/les-francais-et-la-situation-dans-les-banlieues-2/, Zugriff am 2.01.2019.
- https://www.ifop.com/publication/les-francais-et-la-situation-dans-les-banlieues-2/, Zugriff am 2.01.2019.
- http://archive.francesoir.fr/actualite/societe/sondage-les-jeunes-de-banlieue-sont-mal-vus-203137.html, Zugriff 3.01.19.

Zeitungsartikel

- „Brennende Vorstädte: Das Phantom der Ordnungen in Paris“, FAZ, 1.11.05, S. 3
- „Das ist Bagdad“, Stuttgarter Nachrichten, 31.10.05, S. 4.
- "Ohne Wörter bräuchte man keine Waffen", Der Standard, 29.08.06, S.4
- Neuntausend brennende Polizeiwagen: Was Integration in Frankreich heißt“, FAZ, 26.10.2005, S.37
- „Krauses Klartext“ FAZ, 26.10.2005, S.38
- „Spiel mit dem Feuer“, Handelsblatt, 2.-5-6.2006, S. 8.
- „Spiel mit dem Feuer“, Handelsblatt, 24.10.2006, S. 2.

- "Die Pariser Banlieue weiterhin ein Pulverfass", Neue Zürcher Zeitung, 1.06.2006, S. 1-2.
- "Die Pariser Politik versagt", Saarbrücker Zeitung, 27.10.2006, S. 6.

- „Égalité, justice, dignité pour la Seine-Saint-Denis", Le Monde, 14.02.2006, S. 8.
- „Les banlieues restent convalescentes“, La Croix, 22.1.2006, S. 16.

- „Je vois dans cette révolte un appel à la société“, La Croix, 22.1.2006, S. 16.
- „Ce que nous avons appris sur les nuits de novembre“, Le Monde, 25.01.2006, S. 19.
- „La banlieue bouillonne d’idées contre l’exclusion“, Libération, 26.01.2006, S. 4-5.
- „L’Etat a de l’argent pour Paris, pas pour le 93“, Libération, 26.01.2006, S. 5.
- „Des émeutes aux résonances politiques“, Libération, 26.01.2006, S. 5.
- Les ghettos sont aussi dans les têtes“, Les Echos, 25.04.2006, S. 22.

- Spiel mit dem Feuer“, Handelsblatt, 2.-5-06.2006, S. 8.
- „In den Pariser Vorstädten herrscht eine trügerische Ruhe“, Die Welt, 19.05.2006, S. 6.
- „Un an après le Kärcher c’est la même merde“, Libération, 19.06.2006, S. 15.
- „Les 4000 souffrent toujours un an après la mort de Sidi-Ahmed“, Le Figaro, 16.06.2006, S. 10.

- „Die Pariser Banlieue weiterhin ein Pulverfass“, Neue Zürcher Zeitung, 1.06.2006, S. 1-2.
- „Es ist Frankreich, das die Kinder wahnsinnig macht“, Neue Zürcher Zeitung, 15.06.2006, S. 27.

- „Spiel mit dem Feuer“, Handelsblatt, 24.10.2006, S. 2.
- Die Pariser Politik versagt“, Saarbrücker Zeitung, 27.10.2006, S. A4.
- „Frankreichs Regierung droht nach Krawallen mit harten Strafen“, Die Welt, 27.10.2006, S. 6.
- „Dix initiatives pour pacifier les banlieues“, Les Echos, 23.10.2006, S. 3-5.

- Lutter contre la ségrégation territoriale“, Les Echos, 23.10.2006, S. 5.
- „Proposons un enseignement d’excellence“, Les Echos, 23.10.2006, S. 5.
- „Les députés adoptent une mesure en faveur des biocarburants“, Les Echos, 23.10.2006, S. 3.
- „Un an après les émeutes, la situation reste fragile dans les banlieues“, Les Echos, 23.10.2006, S. 4.
- „Les initiatives du Medef encore modestes“, Les Echos, 23.10.2006, S. 4.
- „Sarkozy assure avoir renforcé son assise auprès de l’éctorat populaire“, Le Figaro, 23.10.2006, S. 8-9.

- „Villepin et Sarkozy se disputent les banlieues“, Le Figaro, 20.10.2006, S. 6.
- L’intérieur et la Justice concoctent un dispositif“, Le Figaro, 20.10.2006, S. 6.
- „Le ministère veut une présence policière plus discrète en banlieue“, Le Monde, 19.10.2006, S. 3.
- „Les doléances en route“, Libération, 1.10.2006, S. 2-4

- In Frankreichs Ghettos der Armen herrscht weiter Hoffnungslosigkeit“, Saarbrücker Zeitung, 16.10.2006, S. A3.
- „Aulnay est une reproduction miniature des ségrégations qui traversent la France“, Le Monde, 26.10.2006, S. 2.

- „Des employeurs recrutent en bas de tours", Le Monde, 26.10.2006, S. 3.

- „Bataille pour la réforme des ZEP“, Le Monde, 26.10.2006, S. 4.
- „Début difficile pour l’apprentissage à 14 ans“, Le Monde, 26.10.2006, S. 4.
- „Des CRS de proximité“, Le Monde, 26.10.2006, S. 5.
- „Maires et associations dans un désert politique“, Le Monde, 26.10.2006, S. 7.„Droit de vote: une hypothèse de nouveau prise au sérieux“, Le Monde, 26.10.2006, S. 7.
- „Frankreich fürchtet sich vor den ‚kleinen Faschisten‘“, Die Welt, 26.10.2006, S. 7.
- „Clichy-sous-Bois attend toujours de vrais changements“, La Croix, 26.10.2006, S. 18-19.
- „Le taux de chômage selon la résidence“, Les Echos, 8.11.2006, S. 3.

Eidesstattliche Versicherung

Hiermit versichere ich, Kathrin Lara Müsken, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig verfasst, keine anderen als die angegebenen Hilfsmittel verwendet und sämtliche Stellen, die anderen Druckwerken oder digitalisierten Werken im Wortlaut oder dem Sinn nach entnommen sind, in jedem einzelnen Fall unter Angabe der Quelle kenntlich gemacht habe.

Die Versicherung gilt auch für verwendete Zeichnungen, Skizzen, Notenbeispiele sowie bildliche und sonstige Darstellungen.

Kassel, den 28.01.2019